Nr. 276 ♦ 39. Jahrgang
Ausgabe A Nr. 138

Morgen-Ausgabe

1,50 Mark

Bezugspreis:
Vierteljährl. 150,— M., monatl. 50,— M. frei ins Haus, voraus zahlbar. Postbezug: Monatlich 50,— M., einschl. Zustellungsgebühr. Unter Kreuzband für Deutschland, Danzig, Saar- u. Memelgebiet, sowie Oesterreich u. Luxemburg 84,— M., für das übrige Ausland 102,— M. Postbestellungen nehmen an Belgien, Dänemark, England, Estland, Finnland, Frankreich, Holland, Lettland, Luxemburg, Oesterreich, Schweden, Schweiz, Tschechoslowakei und Ungarn.
Der „Vorwärts" mit der Sonntagsbeilage „Volk und Zeit", der Unterhaltungsbeilage „Heimwelt" und der Beilage „Siedlung und Kleingarten" erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin"

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis:
Die einspaltige Nonpareillezeile kostet 16,— M. — Reklamezeile 80,— M. „Kleine Anzeigen" das fettgedruckte Wort 4,— M. (zulässig zwei fettgedruckte Worte), jedes weitere Wort 3,— M. Stellengesuche und Schlafstellenanzeigen das erste Wort 2,50 M., jedes weitere Wort 2,— M. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Familien-Anzeigen für Abonnenten Zeile 8,— M.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4½ Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 9 Uhr früh bis 5 Uhr nachmittags.

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Redaktion Moritzplatz 15195—97 Expedition Moritzplatz 11753—54

Mittwoch, den 14. Juni 1922

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Verlag, Expedition und Inseraten-Abteilung Moritzplatz 11753—54

Reparationen und Markkurs.

Gegen den Marksturz.

WTB. meldet: In der heutigen Sitzung nahm die Reichsregierung den Bericht des Staatssekretärs a. D. Bergmann über die Verhandlungen des Anleihekomitees in Paris entgegen. Einmütig kam das Bedauern darüber zum Ausdruck, daß das Anleihekomitee sich infolge der augenblicklichen politischen Verhältnisse genötigt gesehen hat, seine Arbeit vorläufig zu vertagen. Es wurde aber mit Befriedigung davon Kenntnis genommen, daß der Bericht des Komitees wichtige Hinweise für eine praktische Lösung des Reparationsproblems gibt. Von besonderer Bedeutung ist nach Auffassung des Kabinetts, daß das Komitee sich ausdrücklich bereit erklärt hat, zur Beratung einer Reparationsanleihe wieder zusammenzutreten, sobald die gegenwärtigen Hindernisse beseitigt sind und daß das Komitee die finanziellen Verhältnisse der wichtigsten Weltmärkte für die Ausgabe solcher Anleihen zurzeit günstiger beurteilt als zuvor. Die deutsche Regierung wird im Interesse der Festigung der deutschen Wirtschaftslage und des deutschen Kredites nach wie vor alles tun, um die Reichsfinanzen auf eine gesunde Grundlage zu stellen und der Vermehrung der schwebenden Schulden mit allen Mitteln entgegenzuwirken, soweit es unter den jetzt geschaffenen erschwerten Verhältnissen möglich ist. Den bevorstehenden Verhandlungen mit dem Garantiekomitee wird Gelegenheit geboten sein, der Reparationskommission die nötigen Aufschlüsse hierüber zu geben. Die Zahlung der am 15. Juni fälligen Monatsrate von 50 Millionen Goldmark für die Reparationen ist angewiesen. Bis zur Wiederaufnahme der Anleiheverhandlungen wird die Regierung ihre Aufgabe darin sehen, einschneidenden Veränderungen der Valutaverhältnisse vorzubeugen. Sie wird deshalb, falls die Entwicklung der Dinge es etwa erforderlich machen sollte, mit der Reparationskommission ins Benehmen treten, um durch eine vorläufige Verständigung über die weiteren Zahlungen eine ungünstige Entwicklung des Markkurses zu verhüten.

Poincaré und die Bankiers.

London, 13. Juni. (WTB.) Der Pariser Berichterstatter des „Daily Expreß" meldet, Poincaré habe in Unterredungen mit Pariser Berichterstattern englischer Blätter erklärt, die Bankierkonferenz habe so geendet, wie er erwartet habe; sie habe zu früh stattgefunden. Die Zeit sei für eine Erörterung der Anleihefrage noch nicht reif gewesen. Deutschland müsse zu allererst seine Finanzen in Ordnung bringen. Er verstehe vollkommen, daß Deutschland jetzt nicht zahlen könne und daß Deutschland Zeit gewährt werden müsse. Vorbedingung dafür sei jedoch, daß das deutsche Budget von Anfang bis zu Ende kontrolliert werde. Damit meine er, daß die Aufstellung des Budgets und neuer Steuern kontrolliert werden müsse. Frankreich werde unter keinen Umständen einer Herabsetzung der deutschen Zahlungen zustimmen.

Brüssel, 13. Juni. (Agence Belge.) Im Senat erklärte Ministerpräsident Theunis, im internationalen Anleiheausschuß habe sich Delacroix bemüht, den Arbeiten eine Richtung auf tatsächliche Leistungen zu geben. Delacroix hab insbesondere erklärt, daß Belgien niemals eine Verstümmelung einer Forderung ohne Kompensation zulassen werde. Die Bankiers hätten zu einer Einigung zu kommen gesucht. Es sei eine kleinere Einfuhranleihe angeboten worden, deren Erträgnis Belgien zugeführt werden sollte. Delacroix habe dieses Angebot abgelehnt und erklärt, es sei unzulässig, daß Belgien allein aus einer Maßnahme Nutzen ziehen solle, aus der Frankreich den gleichen Vorteil haben müßte wie Belgien. Die Interessen Frankreichs und Belgiens seien unlöslich verknüpft. In der Reparationsfrage hätten übrigens die Bankiers keineswegs die Türe geschlossen. Lediglich die Frage der Form und des einzuschlagenden Verfahrens seien für ihr Verhalten bestimmend gewesen. (?) Man dürfe indessen die Hoffnung hegen, daß sie das Studium der Reparationsfrage wieder aufnehmen und die Lösung finden werden, die notwendig sei, um das Problem der Reparationen zu entscheiden, ohne die es keinen wahrhaften Frieden geben könne.

Im Haag ein zweites Genua?

Die Haager Konferenz wird immer mehr in Frage gestellt. Am Donnerstag soll bereits der Auftakt der Vorkonferenzen vonstatten gehen, ohne daß sich Frankreich und England bisher über den Gang der Verhandlungen irgendwie geeinigt hätten. Frankreich besteht auf einer Einigung unter den Alliierten noch vor ihren in Genua beschlossenen Vor- und Sonderkonferenzen, die diese Einigung ergeben sollen. Gerade von Barthou ging dieser Vorschlag aus, während bekanntlich England und Italien sofort gemeinsame Beratungen wünschten. Wenn trotzdem die französische Regierung heute die Genueser Abmachungen entgegen ihren eigenen Wünschen in Genua anders auslegt, so zeigt das die französische Absicht, auch die Haager Konferenz zum Scheitern zu bringen.

Das französische Kabinett hat die englische Antwort auf das Memorandum inzwischen wieder beantwortet. In der Antwort wird die Ausschaltung jeder politischen Erörterung verlangt. Es sollen nur rein technische Fragen, insbesondere die Frage der Schulden, des Privateigentums und der Kredite behandelt werden. Betont wird besonders, daß die französische Regierung keinerlei Grund sieht, von der in Genua eingenommenen Haltung irgendwie abzuweichen. Unter diesen Umständen erscheine es angebracht, daß Frankreich an der Haager Konferenz überhaupt nicht teilnimmt und die übrigen Regierungen sofort von ihrem Recht, Sonderverträge mit Rußland abzuschließen, Gebrauch machen.

Franken für Deutschösterreich.

Um den Anschluß zu hindern.

Paris, 13. Juni. (EE.) **Der Senat beschäftigte sich heute mit dem von der Kammer bereits angenommenen Gesetz über einen Kredit von 55 Millionen Franks an Oesterreich. Im Verlauf der Debatte sprachen sich mehrere Redner gegen einen Anschluß Oesterreichs an Deutschland aus, insbesondere der Berichterstatter Daufset erklärte, daß Oesterreich vom Alldeutschtum mit großer Aufmerksamkeit beobachtet werde, Frankreich müsse daher Maßnahmen treffen, um die österreichische Republik den Händen Deutschlands zu entreißen und eine Donaurepublik vorbereiten. Henry Beranger sprach sich aus finanziellen Gründen gegen eine Kreditgewährung aus, die jedoch aus politischen Gründen zu befürworten sei. Frankreich müsse vor allem eine Donaupolitik betreiben und dem mächtigen Alldeutschtum Stines' in Oesterreich Widerstandleisten. Poincaré erklärte, daß unter den augenblicklichen Verhältnissen die Verzögerung der Kreditgewährung die Lage außerordentlich verschlimmert habe. Man müsse sich die Frage vorlegen, ob man die Verträge von Versailles und St. Germain verteidigen wolle, die den Anschluß verbieten. Vor allen Dingen müsse man einen hartnäckigen Kampf gegen die Kampagne, die zugunsten einer wirtschaftlichen und politischen Einverleibung Oesterreichs in das Deutsche Reich betrieben werden, führen. Poncaré erwähnte sodann einen Bericht des französischen Gesandten in Wien, der schnelle Hilfeleistung verlangt, ferner einen Bericht des österreichischen Gesandten in Paris, der die Aufmerksamkeit des Ministerpräsidenten auf Wien lenkt und der Befürchtung Ausdruck gibt, unter den jetzt waltenden Verhältnissen müsse Oesterreich über kurz oder lang der Anarchie verfallen oder von einem anderen Staat aufgesogen werden. Auch Benesch dränge auf die Gewährung eines Kredits an Oesterreich. Nach einigen weiteren Debatten beschloß der Senat in diesem Sinne.**

So wenig seinerzeit der englische Vorschuß Deutschösterreichs Hinabgleiten verhindern konnte, so wenig können es diese Millionen. Wo soll das Geld eines Staates, der sich nicht selbst ernähren kann, und dem eigene Kohle fehlt, um konkurrenzfähig produzieren zu können, einen Wert hernehmen?

Die Wiener Presse ist auch selten einmütig: Während die „Neue Freie Presse" wieder einen Appell an die Entente richtet, fordert die Mehrzahl der anderen Blätter die Einigung der Parteien zur Selbsthilfe. Die „Reichspost" (christlichsozial) würdigt Otto Bauers Vorschlag auf engeren Anschluß an Deutschland, hat aber Bedenken gegen seine praktische Durchführung, die zu viel Zeit erfordern würde; man solle für die finanzpolitischen Maßregeln durch ein eigenes Bundesgesetz bis zum Uebergang zur normalen Staatswirtschaft eine eigene Körperschaft bilden, gegebenenfalls die Regierung selbst mit besonderen Vollmachten ausstatten. Die „Arbeiter-Zeitung" schreibt: Das ganze deutschösterreichische Volk, vielleicht abgesehen von wenigen Schwarzgelben, sieht den einzigen Ausweg aus der hoffnungslosen Lage in einem wirtschaftlichen Anschluß an Deutschland. Daß die Regierung nochmals an die Entente appelliert, ist zweck- und hoffnungslos. Die „Deutschösterr. Abendzeitung" (Dnatl.) schreibt an die Spitze: „Die Stunde ist da, auf zur Tat!" und sagt: Die Lebensunfähigkeit Deutschösterreichs ist erwiesen, nehmen wir unser Schicksal jetzt selbst in die Hand, vollbringen wir die befreiende Tat, kehren wir zurück ins Vaterhaus! Das Blatt schließt: Wir sind am Ende, Not kennt kein Gebot.

Italienischer Parteirat gegen Fraktion.

Rom, 13. Juni. (EP.) **Der Landesrat der sozialistischen Partei hat die von der Kammergruppe und dem Gewerkschaftsbund angenommene Tagesordnung Zirardini für Unterstützung einer geeigneten Regierung einstimmig verworfen und mit 13 gegen 6 Stimmen bei 5 Enthaltungen eine Tagesordnung angenommen, in der die Haltung der Kammergruppe kritisiert und daran erinnert wird, daß sie das Vollzugsorgan der sozialistischen Partei zu bleiben habe. Der Gewerkschaftsbund wird an die Achtung des Bündnisvertrages mit der Partei erinnert, um die vom Mailänder Kongreß aufgestellten unversöhnlichen Grundsätze einzuhalten. Die Zeitung „Paese" schreibt, daß die sozialistische Kammergruppe trotz dieses Beschlusses des Landesrats die Mitarbeit auf eigene Verantwortung und mit Unterstützung des Gewerkschaftsbundes durchführen werde, der sich von der sozialistischen Partei lossage.**

Damit hat die Richtung Serrati einen „Sieg" errungen, der für die italienische Arbeiterklasse verhängnisvolle Folgen haben kann. Nicht allein das Zusammenarbeiten zwischen Partei und Gewerkschaften, sondern auch die Einheit der Partei selbst erscheint nunmehr gefährdet, da die realpolitisch denkenden Elemente des Proletariats nicht gesonnen sind, sich weiter dem blinden Sektarismus eines bolschewisierenden Parteivorstandes zu fügen, der die Hauptschuld an der bisherigen katastrophalen Entwicklung der Dinge trägt.

Killinger freigesprochen.

Offenburg, 13. Juni. (WTB.) **In dem Prozeß gegen Kapitänleutnant a. D. von Killinger verneinten die Geschworenen nach kurzer Beratung die beiden Schuldfragen, die dahin lauteten, ob der Angeklagte den Mördern des Abgeordneten Erzberger Beistand geleistet habe, um sie der Strafe zu entziehen, und ob er den Tätern diesen Beistand vor Begehung der Tat zugesagt habe. Der Angeklagte wurde daraufhin freigesprochen und sofort entlassen.**

Wenn die deutsche Justiz sich einen Wettbetrieb zulegte, so gäbe es für jedermann ein unfehlbares Mittel, Geld zu gewinnen. Man brauchte bei Prozessen gegen reaktionäre Mörder, Helfershelfer, Verschwörer, Waffenschieber, Geheimbündler usw. nur auf Freispruch zu setzen, um unfehlbar die Wette zu gewinnen. Die Frage ist nur, ob sich Gegenwetter überhaupt finden würden.

Die Rechtspresse wird wahrscheinlich triumphierend darauf hinweisen, daß Killinger von Geschworenen, also einem „Volksgericht", freigesprochen worden ist, das in Baden noch besonders demokratisch zusammengesetzt sei. Hier ist schon oft festgestellt worden, daß die Geschworenengerichte keine Volksgerichte sind, daß die Aussiebung der Geschworenen, die in letzter Instanz von den Spitzenrichtern des Landgerichts vorgenommen wird, in so einseitiger Weise erfolgt, daß die große Mehrheit der arbeitenden Bevölkerung vom Geschworenenamt ausgeschlossen bleibt. So haben denn gerade die Schwurgerichte in ihrer heutigen Zusammensetzung oft die schlimmsten Fehlurteile zu verzeichnen, wir erinnern an den Freispruch des geständigen Zeitfreiwilligen Herlinghausen durch das Schwurgericht Schwerin, dem der Freispruch seiner Komplizen Thormann, Diekmann und Wegner voranging, wir erinnern an den Freispruch des gleichfalls so gut wie geständigen Schutzpolizeiwachtmeisters Böhm durch die Geschworenen in Halle.

Dennoch fragt man sich, wie die Offenburger Geschworenen zu einem glatten Freispruch Killingers kommen konnten. Einen Milderungsgrund haben sie freilich für sich: Es war wie im Prozeß gegen die Mörder Liebknechts und Rosa Luxemburgs: Gegen das Gericht stand die Lügensolidarität einer Clique von Menschen, die durch gemeinsam begangene Verbrechen und durch ein ins perverse verdrehtes Standesbewußtsein zu einer unlöslichen Einheit zusammengeschmiedet waren. Was im Liebknecht-Prozeß die Mörderclique des Eden-Hotels war, das ersetzte hier die berüchtigte Organisation C. Einer dieser Verschwörergarde erwiderte denn auch kaltschnäuzig auf die Frage, warum er bei seiner ersten Vernehmung offensichtlich gelogen hätte: „Es lag doch kein Grund vor, den Leuten gleich die Wahrheit zu sagen." Kennzeichnend für die Moral dieser Kreise! Die Wahrheit sagt man nur, wenn es einem aus besonderen Gründen zweckmäßig erscheint. Und so etwas plustert sich dann auf gegen Schuldlüge und dergleichen!

Dennoch waren u. E. die Beweise gegen Killinger vollkommen ausreichend, um wenigstens zu einer Verurteilung wegen nachträglicher Begünstigung zu gelangen. Ob für die vorherige Zusage der Begünstigung, also für die Beihilfe am Mord, der Beweis geführt worden ist, läßt sich auf Grund der vorliegenden Berichte schwer entscheiden. Hier hätte das Dunkel gelüftet werden müssen, das über der ganzen Vorbereitung des Erzberger-Mordes liegt. Das aber hat die schon gekennzeichnete Solidarität der Geheimorganisation C zu verhindern gewußt. Es ist nicht unwahrscheinlich, daß die Organisation C die Ermordung Erzbergers beschlossen und die Mörder durch das Los bestimmt hat. Aber hierüber wird man wenig erfahren, solange die Beteiligten dicht halten. Jedenfalls beleuchtet dieser Zustand die große Gefahr, die der allgemeinen Rechtssicherheit durch solche Geheimorganisationen erwächst.

Ganz umsonst ist freilich der Prozeß nicht gewesen. Er hat die Begünstigung der Erzberger-Mörder durch die Budapester Polizei vor der Oeffentlichkeit an den Pranger gestellt, so klar, daß diese schließlich auch nicht mehr von der Verteidigung Killingers bestritten wurde. Man dürfte nun eigentlich erwarten, daß die Reichsregierung zu dieser Angelegenheit Stellung nimmt und kundtut, welche diplomatischen Folgerungen sie aus diesem Verhalten der Budapester Polizei zu ziehen gedenkt.

Bewiesen hat der Prozeß auch, daß Schulz und Tillessen die Mörder Erzbergers sind. Geschworene begründen ihren Spruch nicht. Aber daß sie Killinger freigesprochen hätten, weil ihnen die Vorfragen für Killingers Schuld, die Täterschaft von Schulz und Tillessen, nicht als erwiesen gegolten hätte, ist kaum anzunehmen. Aufgedeckt worden ist schließlich auch zum Teil das Treiben der Geheimorganisation C. Aber all das hat zu greifbaren Resultaten nicht geführt. Schulz und Tillessen amüsieren sich in Ungarn, der Prozeß gegen die Geheimorganisation C wird in München stattfinden — mit welchem Erfolg, das ist nach diesem Freispruch leicht zu erraten.

Alles in allem kann der Ausgang dieses Prozesses nur erneut dazu führen, daß das Vertrauen zu der deutschen Rechtsprechung wieder um einige Grade sinkt. Mögen die

Verteidiger der heutigen Justiz auch jedesmal Gründe und Gründchen zusammenschleppen, warum es gerade in diesem Fall so und nicht anders kommen konnte, die Oeffentlichkeit sieht doch nur immer das eine: von reaktionärer Seite wird Mord auf Mord, Attentat auf Attentat verübt, und die strafende Gerechtigkeit bleibt mit automatischer Sicherheit aus.

Aber die Reaktionäre mögen nicht gar zu laut hierüber triumphieren. Je eindeutiger das völlige Versagen der Justiz sich kund tut, desto unwiderstehlicher wird die Forderung auf Aenderung des heutigen unmöglichen Zustandes immer weitere Kreise ergreifen, desto lauter wird der Ruf nach Justizreform anschwellen, desto schneller wird sich die heutige Unrechtsprechung ihr eigenes Grab graben.

Der letzte Verhandlungstag.

Offenburg, 13. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Die Vormittagssitzung begann mit der Vernehmung des letzten Zeugen, des Studenten Prince. Er hat der Organisation C angehört und hatte „bolschewistische Nachrichten" zu sammeln. Er gibt an, Schulz noch nach dem Morde in München gesehen zu haben und setzt sich damit in Widerspruch zu seinen Aeußerungen in der Voruntersuchung. Das Gericht vereidigt ihn nicht.

Gegen den Widerspruch der Verteidiger entspricht das Gericht dann dem Wunsch der Staatsanwaltschaft, den Untersuchungsrichter darüber zu vernehmen, was der Zeuge Tillessen, der Bruder des Mörders, bei der Vernehmung über seinen Bruder erzählt habe. Tillessen schilderte nach den Aeußerungen des Untersuchungsrichters, damals seinen Bruder als einen zurückgezogenen Menschen, der durch die politische Entwicklung sich vollkommen zerrüttet fühlte. Besonders erbittert war er gegen die Freimaurerei, der er die Schuld an dem Zusammenbruch Deutschlands zuschrieb. Dem Untersuchungsrichter hat ein von ihm vernommener Zeuge erklärt, Schulz und Tillessen seien der Meinung gewesen, man könne nur

durch Mord und Totschlag zu neuen Verhältnissen

in Deutschland kommen. Der Bruder soll weiter erklärt haben, daß es ihm schleierhaft sei, woher Tillessen für die von ihm unternommenen Reisen das Geld habe.

Der als Zeuge anwesende Karl Tillessen erklärt, daß mit den Worten „Mord und Totschlag" gemeint sei, es müsse zu einer Auseinandersetzung zwischen Nationalismus und Internationalismus kommen. Natürlich könne dieser Kampf nur mit den Waffen ausgefochten werden. — Staatsanwalt und Verteidiger verzichten auf die Verhandlung weiterer Beweismittel.

Die Fragen an die Geschworenen

lauten:

1. Ist der Angeklagte Manfred Killinger schuldig, dem Kaufmann Hermann Schulz aus Saalfeld und dem Oberleutnant a. D. Heinrich Tillessen aus Köln-Lindenthal, nachdem sie den Reichstagsabg. Matthias Erzberger am 26. August 1921 bei Griesbach gemeinschaftlich durch mehrere Pistolenschüsse vorsätzlich und mit Ueberlegung getötet hatten, wissentlich Beistand geleistet zu haben, um sie der Bestrafung zu entziehen und den Tätern diesen Beistand vor der Begehung der Tat zugesagt zu haben?

Die zweite Frage hat denselben Wortlaut, nur fallen die Worte „und den Tätern diesen Beistand vor der Begehung der Tat zugesagt zu haben" fort.

Sodann führt der Staatsanwalt in zweistündiger Rede u. a. den Nachweis, daß Schulz und Tillessen auf Grund der Tatsachen, wie sie aus der Beweisführung hervorgegangen sind, als Mörder Erzbergers betrachtet werden müssen. Wenn diese Voraussetzung stimmt, so ist anzunehmen, daß sie die Tat dadurch begangen haben, daß sie mindestens eine Woche lang scharf und planmäßig

Erzberger wie Bluthunde verfolgt

haben. Unter allen Umständen hält der Staatsanwalt die Begünstigung der Mörder nach der Tat, also den Tatbestand der Frage Nr. 2 für erwiesen. Er stellt alle Momente zusammen, die den Verdacht rechtfertigen, daß Killinger vor der Tat schon gewußt habe, daß sie geplant ist. Aus diesem Grunde hält er die Möglichkeit für gegeben, die Frage Nr. 1 zu bejahen.

Der Verteidiger weist darauf hin, daß der Indizienbeweis weder gegen Schulz und Tillessen noch gegen Killinger geschlossen sei. Killinger müsse freigesprochen werden; er sitzt neun Monate in Untersuchungshaft. Der zweite Verteidiger schildert den Angeklagten als einen einwandfreien Menschen, dem nur das Wohl des deutschen Volkes als Ziel vor den Augen schwebte. Nach einer Gegenrede des Staatsanwalts und einer Erwiderung des Verteidigers ziehen sich die Geschworenen zurück; nach halbstündiger Beratung erscheinen sie wieder. Sie haben beide Schuldfragen verneint, so daß der Angeklagte sofort freigesprochen werden mußte.

Die Kosten fallen der Staatskasse zur Last. Der Haftbefehl wurde sofort aufgehoben.

Da sich vor dem Gerichtsgebäude eine große Menschenmenge angesammelt hatte, die auf das Urteil wartete, verließ von Killinger nach der Freisprechung in einem Gerichtsauto das Gebäude durch eine Seitentür, vor die sich sofort viele Menschen drängten, die Killinger mit Hurra- und Hochrufen und durch Winken mit den Taschentüchern begrüßten.

Interpellation über die Regimentsfeiern.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat folgende Interpellation eingebracht:

„Ist der Reichsregierung bekannt, daß die sogenannten Regimentsfeiern, die von Angehörigen der alten Armee, vorwiegend des Offizierkorps, veranstaltet werden, sich immer mehr zu antirepublikanischen Kundgebungen auswachsen?

Ist ihr bekannt daß von sogenannten Traditionskompagnien der Reichswehr die Verbindung mit den Veranstaltern solcher Kundgebungen ständig aufrecht erhalten wird und daß sich Reichswehrtruppen an diesen Kundgebungen beteiligen?

Was gedenkt die Reichsregierung zu tun, um die innen- und außenpolitischen Schädigungen des Reiches, die aus den sogenannten Regimentsfeiern und ähnlichen militaristischen Veranstaltungen drohen, abzuwenden, den republikanischen Charakter der Reichswehr unbedingt aufrecht zu erhalten und den inneren Frieden zu schützen?"

Bei Besprechung dieser Interpellation werden von den Sprechern aller Fraktionen auch die Vorgänge in Königsberg am 11. Juni zur Sprache gebracht werden.

Ein rechtsputschistisches Bekenntnis.

Im vormals Wulleschen „Deutschen Abendblatt", dem Organ der deutschvölkischen Richtung in der deutschnationalen Partei, schreibt Fr. Sontag, der Direktor dieses Preßunternehmens, am Ende eines Nekrologs auf Kapp wörtlich folgendes:

Wie ich damals, neben dem Grafen Westarp in der „Kreuzzeitung", in einer von mir geleiteten Wochenschrift fast als einziger im nationalen Lager öffentlich für Kapp und sein Unternehmen eingetreten bin, so werde ich ihm auch über den Tod hinaus ein dankbares, treues Gedenken bewahren. Er war ein Mann von vornehmster, untadeliger Gesinnung und ein Politiker, der auf alle Fälle mehr vom Handeln, als vom Reden hielt. Nehmen wir deshalb das mit seinem Namen verknüpfte März-Unternehmen als ein erfreuliches Zeichen dafür, daß dieses Geschlecht, wie sein Beispiel gezeigt hat, in unserer an Worten so reichen, an Taten aber so armen Zeit noch nicht völlig ausgestorben ist. **Und so mag er in unserer Erinnerung als der Vorläufer jenes Stärkeren leben, der nach ihm kommen wird, und dem unsere ganze Hoffnung gilt!**

Das ist das klarste, eindeutigste Bekenntnis zum gewaltsamen Umsturz der bestehenden Reichsverfassung, das sich überhaupt denken läßt. Da die deutschvölkische Richtung einen Bestandteil der deutschnationalen Partei bildet, ist festzustellen, daß diese Partei die Maske der Gesetzlichkeit abgeworfen hat und für die von Sontag empfohlene Politik die volle Verantwortung trägt.

Pittinger nicht geflohen.

Der Sanitätsrat Dr. Pittinger sendet uns aus München folgende Berichtigung:

„Die Notiz in der Abendausgabe vom 8. Juni — nach der der Dr. Pittinger, „der Organisator der bayerischen Separatistenbewegung" sich einem Bericht der „Münchn. Post" zufolge seiner Aburteilung durch das Reichsgericht durch die Flucht entzogen habe — ist in jeder Beziehung unwahr."

Die Krise der USP.

Im Organ der USP.-Rechten, dem „Sozialist", veröffentlicht der frühere „Freiheit"-Redakteur Gerhart Seger einen Artikel über „die geistige Krisis unserer Partei", in dem er erklärt:

Die USP. ist auf dem besten Wege, dem Vordringen der sozialistischen Erkenntnis unüberwindliche Hindernisse zu bereiten, wenn sie den Arbeitern keine wertvollere geistige Kost zu bieten weiß, als in ihnen das radikale Gefühl und den blinden Glauben an alleinseligmachende Leipziger Dogmen (Aktionsprogramm von 1919!) zu erwecken.

Der eine Teil der Arbeiterklasse sei in Erkenntnis der geschichtlichen Entwicklung dazu gelangt, positiv zu arbeiten und unter den gegebenen Verhältnissen jede Position zu erobern, die gestattet, die früher nur propagierten Forderungen zu realisieren. Der andere Teil wirkt rein negativ, er lege das Schwergewicht auf die Agitation. Je mehr der erste Teil erreiche, desto phantastischer würden die Forderungen des anderen, der zu ihrer Verwirklichung ja auch nichts tue. Seger erklärt:

Die Scheidelinie zwischen dem positiven und dem negativen Teil der Arbeiterbewegung geht **mitten durch unsere Partei; wir** stehen, und darin besteht unsere Krisis, vor der Entscheidung, ob wir zum positiven oder negativen Teil gehören wollen. **Die Rechtssozialisten sind der positive, die Kommunisten der negative Teil.**

Der Herausgeber der Zeitschrift selbst, Dr. Breitscheid, stellt an die „Freiheit" eine Reihe von Fragen, aus denen hervorgeht, daß nach seiner Meinung eine geeinigte Sozialdemokratie in einer Koalition viel mehr erreichen könnte als die SPD. Zu den bisherigen Ausführungen der „Freiheit" bemerkt er:

Man mag darüber streiten, ob die Formel, nach der die USP. die Regierung bekämpft, in der die SPD. sitzt, in ihrer Einfachheit den Tatsachen gegenüber zu bestehen vermag. Es braucht nur an den Antrag Crispien in der letzten Reichstagssitzung vor den Pfingstferien erinnert zu werden.

Bekanntlich hatte Crispien durch seine damalige Haltung die Verteidigung der Regierung Wirth gegen einen reaktionären Vorstoß übernommen. Das war ungemein vernünftig, beweist aber, daß die Behauptung, die USP. bekämpfe „vom Boden des Klassenkampfes" aus die Koalitionsregierung bis aufs Messer, nur Sand in die Augen von Kindern ist, denen man die Wahrheit zu sagen sich noch nicht traut.

Ebert bei Vollmar.

Auf der Rückfahrt vom Walchensee-Kraftwerk hat der Reichspräsident Ebert unserem alten Genossen Georg v. Vollmar am Walchensee einen Besuch abgestattet. Genosse v. Vollmar, einst der unbestrittene Führer der bayerischen Sozialdemokratie und eine der markantesten Persönlichkeiten der Gesamtpartei, liegt seit Jahren vollständig gelähmt darnieder. Auch seine Gattin ist infolge eines Schlaganfalls gelähmt. Jahrelange Freundschaft hat den Sozialdemokraten Ebert mit dem Sozialdemokraten Vollmar verbunden. Dieser Freundschaft gab er jetzt bei seiner amtlichen Reise erneut Ausdruck.

Neues Dynamitattentat in Hamburg!

Hamburg, 13. Juni. (WTB.) Vergangene Nacht wurde abermals **ein Sprengstoffanschlag auf die kommunistische Buchhandlung** in der Admiralitätsstraße verübt. Wie die Mittagsblätter melden, ist nennenswerter Schaden nicht angerichtet und niemand verletzt worden. Es scheine sich um einen Dummenjungenstreich zu handeln.

Däumigs Befinden besorgniserregend. Wie wir erfahren, ist der Zustand Ernst Däumigs, der im Reichstag von einem Ohnmachtsanfall betroffen wurde, sehr besorgniserregend. Auf dem Transport ins Virchow-Krankenhaus befielen ihn Herzkrämpfe. Vor zwei Jahren hatte Däumig einen ähnlichen Anfall zu überstehen.

Zwei Einladungen.

Von Karl Ettlinger (Karlchen), München.

Heil ist mir widerfahren: ich war eingeladen. Bei Schiebers. Oh, waren das vornehme Menschen. Da hat man wieder einmal sehen können, wie der Krieg die Menschen veredelt. Vor sechs Jahren hat Herr Schieber noch mit alten Hosen gehandelt. „Zahle die höchsten Preise, Karte genügt, komme sofort." Und wer fünf Minuten mit ihm geschwätzt hat, hat sich hernach stundenlang gekratzt. Wenn er beim Nachhausekommen von seinen damaligen Geschäftsgängen seine Schuhe abgebürstet hat, hat er immer die große Zehe mitgebürstet, weil die aus dem Stiefel herausgeschaut hat, und wie er einmal beim Durchkramen einer fremden Kehrichttonne eine Zahnbürste gefunden hat, hat er einen Geschäftsfreund gefragt: „Du, was is denn das?"

Heute erinnert sich Herr Schieber nicht mehr an diese Zeit. Er hat ein eigenes Haus mit Lift und Dienerschaftseingang. Wenn er eine von den beiden Treppen hinaufgeht, denkt er keineswegs mehr daran, wieviele Treppen er schon in seinem Leben hinuntergeflogen ist. Auch von jener primitven Art der Manikure, die Nägel abzubeißen, ist er abgekommen. Er hat getrennte Schlafzimmer und — das kann ich ihm nachfühlen. Er trägt nur die feinste Bildung, keine alte Ware, sondern funkelnagelneu. Sein Lieblingsfremdwort ist Waggon. Das einzige Fremdwort, das er richtig ausspricht. Aber er gebraucht's fast nur am Telephon. Und das ist sehr einträglich.

Seine Alte — Verzeihung, seine Frau Gemahlin — ist eine äußerst sympathische Dame. Nun ja, sie spricht etwas unorthographisch, dafür aber sehr anhaltend. Sie hat zwei Zofen, eine ganze Nachttischschublade voll Haare, und wer ihren dekolletierten Busen sieht, muß einen Schnaps trinken. Am schönsten ist sie, wenn sie lächelt: das wiehert, als hätte jemand eine Handgranate in einen überfüllten Pferdestall geworfen. Wo Platz ist, trägt sie Brillanten. Man braucht nicht lange darüber nachzusinnen, was sie gekostet haben, sie sagt es jedem unaufgefordert. Dann braucht man die Zahl nur durch zwei zu dividieren, und dann weiß man's.

Also bei diesen Leuten war ich eingeladen. Schiebers haben nämlich eine Tochter und für die wird ein Mann gesucht, was Bildung hat und Foxtrott tanzt. Er muß Zukunft haben —. Vergangenheit braucht er keine zu haben, die hat die Tochter selbst. Die Tochter schwärmt für Rabindranath Tagore, nur weiß ich nicht recht, ob das ein Maler oder eine Zigarettenmarke ist. Beethoven ist ihr Lieblingsdichter und Michelangelo ihr Lieblingskomponist. Vor ihrer Mitgift muß man den Hut abnehmen. Und alles Gold, nicht Papier. Schiebers haben noch einen ganzen Koffer voll Goldgeld, das geben sie dem Vaterland — sobald die Valuta wieder auf hundert steht.

Es war wunderschön bei Schiebers. Diese Weine, die Jahrgänge beinahe so alt wie die Hosen, mit denen der Hausherr früher handelte. Und die Stimmung, es war ein fortgesetztes Anstoßen und Aufstoßen. Und die Unterhaltung. So viele Zahlen habe ich noch nie an einem Abend gehört. Und ein Grammophon hat gespielt — wirklich vornehme Leute werden doch nicht selber spielen. Entzückend hat es gespielt: die bekannte symphonische Dichtung „Eine kleine Freundin hat doch jedermann". Die Tochter hat die Melodie mitgebrummt, ich finde: mit dem Brummen muß sie die doppelte Mitgift mitkriegen. Meiner Ansicht nach brauchen die Leute einen taubstummen Schwiegersohn. Wenn er auch blind ist, um so besser für ihn.

Nach dem Fressen haben wir ein Verdauungstänzchen gemacht. Erst tanzte ich mit der Mutter, dann mit der Tochter, das war keine leichte Arbeit, und ich glaube, jetzt kann ich auch mit dem vernagelten Hindenburg tanzen. Mitten im Shimmy wurde Papa Schieber plötzlich ans Telephon gerufen. Wie er nach fünf Minuten zurückkam, meinte er: „Wieder sechzigtausend Mark verdient, die Leute rufen einen wegen jeder Kleinigkeit ans Telephon."

Leider habe ich mich bei Schiebers unmöglich gemacht, ich behauptete nämlich, der Farbendruck über dem Büfett sei nach einem Gemälde von Murillo, und Mama Schieber blieb dabei, der Maler hieße Gorilla. Murillo, das sei ein Tier, von was die Menschen abstammen. In Gemälden kenne sie sich aus, sie habe die ganze Münchener Pinkelothek im Kopf. Wir haben uns herumgestritten, sie ist in Ohnmacht gefallen, es hat einen furchtbaren Fettfleck gegeben, und ich bin fort.

Gestern war ich woanders eingeladen, bei einem Universitätsprofessor. Es hat nur deutschen Tee gegeben und Marmeladebrot. Und es wurde kein Foxtrott und kein Shimmy getanzt. Und den ganzen Abend ist keine einzige Zahl genannt worden, sondern die Leute haben über ein Buch gesprochen, das sie tatsächlich gelesen hatten, und nachher haben sie Kammermusik gemacht. Ohne Grammophon, nur mit der Hand. Auch ans Telephon wurde der Herr Professor gerufen, aber als er zurückkam, hatte er keine 60 000 Mark verdient, sondern eine vornehme Schieberfamilie hatte ihm die Privatstunden abgesagt. „So eine Bande!" sagte der Herr Professor. Scheußlich, wie ungebildet diese Universitätsprofessoren sind im Vergleich mit Herrn Schieber u. Co.

Heil Goethe Dir! Zu der von uns gemeldeten Ernennung des Hakenkreuz-Professor Roethe zum Vorsitzenden der Goethe-Gesellschaft geht uns aus Leserkreisen nachstehender Dithyrambus zu: Endlich hat jener Geist der Gerechtigkeit, den wir täglich über den Sälen der preußischen Justiz thronen sehen, auch hier seinen Triumphzug angetreten. Gustav Roethe ist zum Vorsitzenden der Goethe-Gesellschaft ernannt worden! Was ist uns Roethe, was war er uns? Er, dem schon heute die Geschichte in unbestechlichem Gerechtigkeitssinn den stolzen Beinamen „Der eiserne Justav" verliehen, er bewachte im Weltkrieg in schimmernder Wehr den Potsdamer Bahnhof zu Berlin und bewahrte so die Reichshauptstadt vor den mit den D-Zügen einflutenden Scharen des westlichen Erbfeindes, so die völkische Wirksamkeit seiner politischen Freunde, Kapp, Ludendorff und anderer Helden ermöglichend. Der unauslöschliche Dank nicht nur des von ihm geretteten Berlins, sondern auch des deutschen Vaterlandes ist ihm sicher. Die Gerechtigkeit ist auf dem Anmarsch, und nur böswillige Zungen können behaupten, daß Goethe diese Ehrung nicht verdient habe. Jetzt frisch ans Werk! Ernennen wir Brunner zum Vorsitzenden der Kleist-Gesellschaft und Knüppel-Kunze zum Präsidenten der Kant-Gesellschaft — **dann mag der geistige Wiederaufbau Deutschlands frisch-fröhlich beginnen!**

wp.

Das Wikingerschiff von Oseberg. Der eigentümliche Wikingerbrauch, Tote in einem Schiff zu begraben, das in die Erde gesetzt und mit einem Grabhügel überdeckt wurde, hat uns einige Wikingerschiffe gerettet, die in Norwegen ausgegraben wurden. Zu den berühmten Funden von Sarpsborg und Gokstad ist der Fund eines dritten Schiffes getreten, der auf Oseberg im Amtsbezirk Jarlsberg gemacht wurde. Ueber dieses Schiff, das sorgsam restauriert und in der Sammlung der Universität von Christiania aufgestellt wurde, und über das bisher bei uns wenig bekannt geworden ist, macht Dr. Jens Snenson in der „Umschau" eingehende Mitteilungen. Da das Schiff in blauer Tonerde lag und der Grabhügel aus Torf aufgebaut war, wurden alle Altertümer aus Holz und anderen vergänglichen Stoffen gut erhalten, doch war das Schiff selbst infolge von Erdbewegungen stark beschädigt. Ueber dem mittleren Teil des Schiffes befand sich eine Grabkammer, die leider im Altertum ausgeplündert worden war und in der nur noch Teile von zwei weiblichen Skeletten gefunden wurden. Es war also augenscheinlich eine vornehme Frau in dem Schiff begraben worden, der eine Dienerin hatte in den Tod folgen müssen. Unter den Totengeschenken, die beigegeben waren, befanden sich Webe- und Spinngeräte, Garnknäule und Wachs. Außerdem barg man einen vierrädrigen Wagen, der über und über mit wundervollen Schnitzereien verziert war, vier Schlitten, mehrere Bettstellen, Küchengerät, Waschkübel, eichene Truhen, zum Teil mit Inhalt, ferner Stoffreste, Federn und Daunen aus Bettdecken und Kopfpolstern, eine runde Stange mit eingeschnitzten Runen, einen gut erhaltenen Anker und anderes Schiffsinventar, sowie eine Menge Gerippe von Pferden, Ochsen und Hunden, die bei der Beerdigung erschlagen worden waren. Das ganz aus Eichenholz hergestellte Schiff hat eine größte Länge von 21½ Meter und größte Breite von etwas über 5 Meter; es war ein Fahrzeug mit 15 Rudersitzen. Seiner ganzen Ausrüstung nach muß es ein Prunkschiff gewesen sein, das nur zu Fahrten innerhalb des Fjords und in geschlossenen Fahrwässern diente. Auf Grund der Ornamente und anderer Umstände kann man annehmen, daß es aus der Zeit um 800 n. Chr. stammt. Nach dem Schiff selbst ist das Interessanteste des Oseberg-Fundes der vierrädrige Wagen, dessen wundervolle Tierornamentik zum Schönsten gehört, was aus jener Zeit erhalten ist.

Nachtflüge. In dem Flugdienst zwischen London und Paris sind jetzt sowohl von englischer wie von französischer Seite auch Nachtflüge eingeführt worden, bei denen die Flugzeuge abends von dem Ausgangsflugplatz abfliegen und die Rückreise in früher Morgenstunde antreten. Im Kriege waren solche Nachtflüge von Bedeutung, doch auch im Frieden strebt man nun danach, die Abflug- und Landezeit wie bei allem anderen Verkehr von der Helligkeit unabhängig zu machen. Sodann wird die Zeitersparnis, die der Hauptvorteil des Luftverkehrs ist, bei Flügen in der Dunkelheit, also außerhalb der Geschäftszeit, am meisten bemerkbar. In seinem soeben erschienenen Buch „Vom Fliegen" bespricht Prof. Kurt Wegener auch den Nachtflug und gibt dafür eingehende Verhaltungsmaßregeln. Da in der Höhe die verdunkelnde Dunstschicht fehlt, so sieht man den Horizont auch in der Nacht meist ausreichend klar. Das Meßgerät im Flugzeug darf nur schwach beleuchtet werden, damit das Auge nicht geblendet wird, wenn es vom Meßgerät zum Horizont schweift. Hat man dichte Wolken über sich oder befindet sich noch im Dunst, so ist

Zum Moskauer Prozeß.

Die russischen Sozialisten haben am 12. Juni folgenden Aufruf telegraphisch an die Vertreter der 2. Internationale, der Wiener Arbeitsgemeinschaft und an die Gewerkschaften der Amsterdamer Internationale gerichtet:

Das Leben der angeklagten Sozialrevolutionäre, das durch die auf der Berliner Konferenz der drei Internationalen gegebenen bindenden Erklärungen scheinbar vollkommen gesichert war, ist aufs neue Gefahren unterworfen. Auf Befehl des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei werden in allen Städten Rußlands im Namen der Arbeiter und Soldaten Resolutionen gefaßt, die eine Todesstrafe fordern.

Diese Resolutionen, die mit der tatsächlichen Meinung der Volksmassen nichts gemein haben und unter dem Druck bewaffneter Abteilungen und unter der Drohung mit Repressalien durchgeführt werden, werden unter Teilnahme von Mitgliedern der Regierung und des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale mit Trotzki an der Spitze gefaßt. Radek selbst, der in Berlin das Versprechen der Unantastbarkeit für das Leben der Angeklagten gab, fordert im Moskauer Sowjet ihre Vernichtung. Die „Iswestija" meldet, daß das Präsidium des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale über die Frage berät, inwieweit die Verpflichtungen für das Präsidium bindend seien, die in seinem Namen in Berlin von Radek, Zetkin, Frossard gegeben wurden und die durch seine eigene Resolution und durch seine Erklärung beim Austritt aus der Neunerkommission bestätigt worden sind.

Im Zusammenhang mit der unwürdigen Pogromhetze, welche die Sowjetregierung gegen die in Moskau anwesenden sozialistischen Verteidiger, die entgegen den Versprechungen tatsächlich einem sie in der Ausführung ihrer Verpflichtungen behindernden Hausarrest unterworfen sind, organisiert hat, ruft die Kampagne für eine Todesstrafe der Angeklagten die größte Beunruhigung in uns hervor.

Wir, Vertreter aller russischen sozialistischen Parteien, erklären dem internationalen Proletariat: Ein unerhörtes Verbrechen, verbunden mit einem unerhörten Bruch des Ehrenwortes, bereitet sich von seiten der Leute, die sich Revolutionäre nennen, vor. Eine unerhörte Verhöhnung des einstimmig ausgesprochenen Willens des internationalen Proletariats geht vor sich. Im Namen der sozialistischen Solidarität, im Namen der Zukunft der russischen Revolution stellen wir an alle sozialistischen Parteien die Forderung, unverzüglich alle in ihrer Macht stehenden Maßregeln zur Verhinderung dieses Verbrechens zu ergreifen. Nur die solidarische Unterstützung aller sozialistischen Parteien und Arbeiterorganisationen wird es den in Moskau anwesenden sozialistischen Verteidigern ermöglichen, erfolgreich jene Aufgaben zu erledigen, mit deren Durchführung sie das internationale Proletariat betraut hat und die sie mit einer solchen Selbstaufopferung auf sich genommen haben.

Die Auslandsdelegation der Russischen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei: Abramowitsch, Dan, Martoff. Die Auslandsdelegation des Jüdischen Bundes: Judin. Die Auslandsdelegation der Partei der Linken Sozialrevolutionäre-Internationalisten: Schreider. Die Auslandsdelegation der Partei der Sozialrevolutionäre: Sensinoff, Rubanowitsch, Rusanoff, Suchomlin, Tschernoff.

Wir möchten bei dieser Gelegenheit an den Fall Boldrini erinnern. Der Italiener Boldrini hat seinerzeit in voller Ueberlegung seine Bombe in einen Theaterraum geschleudert und dadurch eine große Anzahl unschuldiger Menschen, vor allem Frauen, für ihr Leben zu Krüppeln gemacht. Obwohl es sich hier um einen Grenzfall handelt, bei dem man nicht mehr mit Bestimmtheit sagen kann, ob sich die Tat noch in den Rahmen eines politischen Verbrechens einreihen läßt, ist Boldrini zu lebenslänglichem Zuchthaus und nicht zum Tode verurteilt worden.

Weiter möchten wir auf Max Hölz hinweisen, der in seinem ganzen Auftreten allem mehr als einem politischen Märtyrer gleicht und gegen den gleichwohl kein Todesurteil gefällt wurde.

Auch der Mörder Plehwes wurde von den zaristischen Gerichten, die in Sowjetrußland nicht in dem Verdacht stehen können, keine Klassenjustiz geübt zu haben, in Anbetracht des politischen Motivs nur zu einer lebenslänglichen Freiheitsstrafe verurteilt.

Die Sowjetregierung hat es sich in letzter Zeit sehr angelegen sein lassen, allenthalben zu betonen, daß sie alles daran setze, zu einem geordneten Justizwesen zurückzukehren. Das setzt voraus, daß sie die internationalen Normen anerkennt, mag sie ihre Gerichtshöfe nun Klassengericht oder wie immer nennen.

Der deutsche Arbeiter und Frankreich.

Die mit diesem Thema am Dienstagabend abgehaltene Versammlung im Lehrervereinshaus war überaus zahlreich besucht. Genosse Ed. Bernstein als Vorsitzender stellte der Versammlung zunächst die Redner vor, insbesondere die ausländischen Gäste von der Abordnung der französischen Liga für Menschenrechte.

Als erster Redner sprach der greise Abg. Buisson-Paris, der uns zunächst um das Frauenwahlrecht beneidete und dann ausführte, es gelte den ersten Versuch zu machen, die Völker wieder einander näher zu bringen. Es sei dies keine Utopie, sondern der einzige Ausweg. An die Stelle der Entscheidung durch Gewalt müsse die Entscheidung durch das Recht treten. Höher als der Ruhm des Krieges stehe der Ruhm der Gerechtigkeit. Die beiden Kulturvölker Deutsche und Franzosen müssen vor allem wieder zusammengebracht werden. Ein neuer Krieg bedeutet den Selbstmord des Menschengeschlechts. (Dem Uebersetzer wurde hier das Wort Avignon zugerufen; er fertigte den Zwischenrufer treffend ab. — Genosse Bernstein bemerkte hierzu, daß, als am 8. Juni einer der Generäle Frankreichs in Avignon sprechen wollte, er von den dortigen Genossen daran verhindert wurde.)

Genosse Ströbel führte aus, heute könne man noch nicht als Tatsache verkünden: „Nie wieder Krieg!" Der Gewaltgedanke ist aus den Köpfen und Herzen noch nicht wieder ausgerottet, der solange künstlich angefachte Haß noch nicht erstorben. Die Weltkrise hat die Nationen noch nicht zur Ruhe kommen lassen. Während durch die Geldentwertung in Deutschland die große Masse des Volkes verelendet, haben die Sieger und neutralen Länder mit ungeheuren Wirtschaftskrisen und Arbeitslosigkeit zu rechnen. Auch die Katastrophe in Rußland sei auf den Weltkrieg zurückzuführen. Trotz der militaristischen Bestrebungen in Deutschland weist die große Masse des deutschen Volkes, insbesondere die Arbeiterklasse den Gedanken eines Revanchekrieges entschieden zurück. Da aber noch viele diesem Gedanken zugänglich sind, ist es notwendig, eine Propaganda für die Kriegsgegnerschaft zu entfalten. Wir bekämpfen den Krieg, weil wir gesehen haben, wie alle Kultur durch den Krieg gelitten hat. Auch der innere Krieg, die Skrupellosigkeit der Meuchelmörder ist auf den Krieg zurückzuführen. Angesichts der Verwüstung der Geister und Gemüter durch den Krieg müssen wir erst recht dazu kommen zu erklären: Nie wieder Krieg! Gemeinsam mit den Vertretern der Liga der Menschenrechte müssen wir eine

Revision der Friedensbedingungen

und der neuen Grenzen anstreben, nicht durch die Macht der Waffen, sondern durch die Macht der Argumente. Der Gedanke der Kulturzusamenngehörigkeit der Nationen hat im deutschen Volke tiefe Wurzeln geschlagen. Nicht kapitalistische Einflüsse, sondern der Wille des Volkes soll herrschen. Nicht nur Aussöhnung zwischen Deutschland und Frankreich, sondern die Verständigung aller Völker müsse unsere Parole sein.

Genosse Renaudel-Paris erklärt, daß er diesmal nicht als Parteigenosse komme, sondern als Mitglied der Liga für Menschenrechte. Durch die Eindrücke, die er im neuen Deutschland gewonnen hat, sei er in seinen Sympathien für Deutschland bestärkt. Nicht jede Bestimmung des Friedensvertrages ist schlecht. Was aber daran schlecht ist, wollen wir in Uebereinstimmung mit den deutschen Genossen beseitigen. Es gibt nur eine Möglichkeit der Einigung, und zwar die, daß die Republik in Deutschland nicht nur erhalten, sondern wie ein rocher de bronze gefestigt wird. Frankreich macht eine furchtbare wirtschaftliche Krise durch. Der Finanzminister kann selber nicht angeben, ob die Schuld 30 oder 40 Milliarden beträgt. Zur Zeit der Wahlen wurde geglaubt, Deutschland könne mehr zahlen, als es gezahlt hat. Heute ist

dieser Glaube geschwunden.

Der Redner erinnert an das Auftreten des Generals Boulanger und an die Dreifus-Affäre. Doch all das ließ die Republik in Frankreich unerschüttert. Beide Republiken müssen sich als Schwesternrepubliken fühlen. Im Völkerbund liegt ein guter Keim. Er muß sorgfältig gepflegt werden. Deutschland muß gleichberechtigt in den Völkerbund eintreten. Keine einseitige Abrüstung — allgemeine Abrüstung! Kampf nicht nur dem Kriege, auch der alten Geheimdiplomatie, an deren Stelle internationale Verständigungspersonen! Die französischen Genossen werden in Frankreich den Kampf gegen die Rückständigkeit, gegen den Militarismus neu gestärkt aufnehmen. (Lebhafter Beifall.)

Genosse Kuczynski: Ginge Deutschland mit dem Beispiel voran, die Besitzenden entsprechend heranzuziehen, so fürchten die französischen Kapitalisten, daß auch sie in gleicher Weise herangezogen werden könnten. Die Widerstände gegen eine vernünftige Regelung seien in den kapitalistischen Lagern beider Länder zu finden. Das deutsche Kapital habe sich schon vor dem Kriege und noch mehr während des Krieges als antinational erwiesen. Mit wachsender Besorgnis müsse man sehen, mit welchem Eifer die deutschen Kapitalisten bestrebt sind, die Masse des Volkes von den Gegensätzen im Lande auf die Franzosen abzulenken. Doch dürfe man nicht vergessen, was die deutschen Landwirte, Kaufleute und Industriellen dem Volke an Ausbeutung geboten haben. Die Harmonie zwischen den Kapitalisten beider Länder erschwere eine Verständigung. Die

Einheitsfront der deutschen und der französischen Arbeiter

müsse aufgerichtet werden gegen den deutschen und den französischen Kapitalismus.

Professor Ruyssen spricht zunächst Deutsch als Zeichen seines Dankes für das, was die deutsche Sprache zur Kulturverbreitung beigetragen hat. Er habe heute ein verändertes Berlin vorgefunden. Als Student von 29 Jahren habe er Unter den Linden den preußischen Militarismus tagtäglich beobachtet. Heute sei das Wachgebäude leer und still. Für ihn als französischen Republikaner sei der Umschwung in Deutschland eine erfreuliche Tatsache, zu der er den Deutschen nur gratulieren könne. (Französisch fortfahrend:) Das Völkerbundstatut ist nicht von Militaristen, sondern von Gelehrten ausgearbeite. Es ist möglich, daß die Sieger sich zu viele Rechte dabei herausgenommen haben. Doch das beste Mittel zur baldigen Reformierung dieser Satzungen ist der Eintritt aller Völker, vor allem auch Deutschlands, in den Völkerbund. Der Völkerbund habe auch zugunsten der Deutschen in Polen gewirkt und wirke weiter zum Schutze der nationalen Minderheiten, worunter sich 20 Millionen deutscher Stammesgenossen befinden. Deutschland sei durch seine Beteiligung am internationalen Arbeitsbureau bereits mit einem Fuße im Völkerbund drin, es müsse ganz hinein. Der Völkerbund trete auch für die Einführung des Achtstundentages ein. Wollte man in Deutschland den Friedensvertrag als einen Fetzen Papier betrachten, so würde das kein Franzose verstehen. Zu einer vernünftigen Umgestaltung komme man erst durch eine Erneuerung der Geistesverfassung, der Abrüstung des Hasses. Die Einsicht muß reifen, daß der Krieg die furchtbarste Majestätsbeleidigung gegenüber der Majestät der Menschheit ist.

Redakteur Better ruft auf zur praktischen Arbeit für die Verständigungsidee. Am 30. Juli werde erneut demonstriert gegen den Krieg. Das Schlußwort hatte Universitätsprofessor Basch. Die Ausführungen sämtlicher Redner, insbesondere aber die der französischen Gäste wurden mit starkem Beifall aufgenommen.

---

man ähnlich wie beim Flug im Nebel am Tage auf das schwachbeleuchtete Meßgerät angewiesen. In diesem Falle ist die Orientierung sehr schwierig und das Fliegen sehr anstrengend. In sternhellen Nächten erkennt man Flüsse, Städte, Wälder unter sich, freilich aber auch beim hellsten Mondlicht nie so gut wie am Tage. In dunklen Nächten hat man nur die Lichterhaufen der Städte und Bahnhöfe zur Ortsbestimmung; es ist daher notwendig, daß zu einem sicheren Nachtverkehr gewisse Lichtsignale eingerichtet werden, wie dies bei der Strecke London—Paris der Fall ist. Das Aussehen der Lichthaufen der Städte wechselt mit dem Fortschreiten der Nacht. Erschwerend wirkt aber noch, daß man bei Nacht Wolken erst sehr spät vor sich auftauchen sieht und leicht unversehens hineingeraten kann. Während die Geschwindigkeit der Maschine gegenüber dem Tagflug unverändert bleibt, ist die Sichtweite meistens auf weniger als ein Zehntel herabgesetzt. Der Abflug bei Nacht vollzieht sich wie am Tage und bietet keine Besonderheiten. Dagegen erfordert die Landung einige Vorbereitungen, indem farbige Ziellichter das Einflugtor anzeigen müssen. In dunklen mondlosen Nächten ist es notwendig, daß seitwärts von den Torlichtern ein Scheinwerfer mit breitem Kegel das Gelände beleuchtet und vor dem Flugzeug her mit diesem mitgeht, so daß der Führer nicht geblendet wird. Die Flugzeuge werden für Nachtlandungen zweckmäßig schwarz gestrichen, damit kein vom Flugzeug reflektierter Scheinwerfer den Führer blendet.

Das Gold der Erde. Die Weltproduktion von Gold seit der Entdeckung Amerikas wird auf 3500 Milliarden Pfund Sterling geschätzt, davon fallen allein 1500 Milliarden Pfund Sterling auf unser 20. Jahrhundert. Da nun im Jahre 1492 schon eine ziemliche Menge Gold in Europa vorhanden war, und da an Gold wohl nicht allzu viel verloren gehen dürfte, so wird man sicher annehmen dürfen, daß der jetzige Goldbestand der Erde mindestens die angegebene Summe von 3500 Milliarden Pfund beträgt. Ein Zehntel dieses Weltbestandes, nämlich 327 Milliarden, fällt auf Indien, wo eine bedeutende Goldhamsterei betrieben wird. Betrachtet man allerdings im Vergleich dazu die zahlreiche Bevölkerung dieses Landes, so kommt auf den Kopf nicht viel, etwas über ein Pfund, während in England das in den Banken ruhende Gold, auf die Bevölkerung verteilt, auf den Kopf drei Pfund ergeben würde. Noch reicher ist im Verhältnis Amerika; dort ergibt das Barrengold, Münzgold und das zu Schmucksachen verarbeitete Gold des Landes auf den Kopf berechnet die Summe von 10 Pfund Sterling. Das sind zurzeit die goldreichsten Länder, von Deutschland ist natürlich gar nicht zu reden.

Spielplanänderung. In der Staatsoper wird am 15. statt „Ritter Blaubart" die Oper „Tosca" gegeben.

Das Neue Volkstheater bereitet eine Neueinstudierung von Wied und Petersens „Erster Geige" vor. Die Spielleitung führt Friedrich Lobe.

Das Schauspielhaus als Operettenbühne. Direktor Bredschneider der Komponist der Operette „Die beiden Nachtigallen", hat für den Monat Juli das Staatstheater (Schauspielhaus) gepachtet. Zur Aufführung gelangen „Die beiden Nachtigallen".

Olaf Gulbransson, der bekannte Simplizissimus-Zeichner, der einen Ruf an die Berliner Kunstakademie erhalten hatte, hat diesen Ruf abgelehnt.

Das ungarische Wahlergebnis.

Budapest, 13. Juni. (TU.) Die Regierungsparteien zählen nach der letzten amtlichen Statistik nunmehr 162 Mandate, die Opposition 72 Mandate. Die stärkste Oppositionspartei ist die sozialdemokratische mit 24 Mandaten.

Ohne den schamlosen Terror auf dem platten Lande, von dem die Budapester „Volksstimme" seitenlang Verhaftungen und Verschleppungen sozialistischer Wähler, ihre Aussperrung aus den Wahllokalen, ihre Bedrohung mit Entziehung der Brotkarten usw. berichtet, hätten die Sozialdemokraten weit mehr Mandate errungen. Immerhin können die ersten Sozialdemokraten stolz über den schwer erkämpften Sieg in den Prunkpalast an der Donau einziehen, die so viele Leichen ihrer Parteigenossen stromabwärts getragen hat — Opfer der blutbeladenen Horthy-Banditen, denen wiederum der kommunistische Terror den Weg bereitet hat.

•

Wie der tschechische Ministerpräsident Dr. Benesch dem Wiener „Times"-Vertreter in Agram erklärte, hat er den mit Rumänien bestehenden Vertrag zur Sicherung der Friedensbestimmungen von Trianon auch mit Südslawien auf 15 Jahre abgeschlossen.

Gesandter Dr. Carlin gestorben.

Nachdem erst vor kurzer Zeit der Vertreter der Schweizer Eidgenossenschaft in Berlin, Dr. Planta, gestorben war, ist gestern sein Nachfolger Dr. Gaston Carlin auf einem Spaziergang mit dem Botschaftsrat Dr. Vogel am Königsplatz von einem Herzschlag getroffen, plötzlich dahingeschieden. Die rasch herbeigeholte ärztliche Hilfe konnte nur noch den Tod feststellen. Das Auswärtige Amt und der Schweizer Bundesrat wurden von dem Todesfall sofort in Kenntnis gesetzt.

Dr. Carlin, der auf so tragische Weise und so bald seinem Berliner Wirken entrissen wurde, zählte zu den bedeutendsten Juristen der Schweiz. Er war lange Jahre Gesandter in London und im Haag, nahm sich während des Krieges in dankenswertester Weise der deutschen Interessen an und war auch Mitglied des Haager Schiedsgerichts. Sein Amt in Berlin hatte Carlin erst vor wenigen Wochen angetreten.

Die Hermes-Untersuchung.

Im Anschluß an die in der gestrigen Nachmittagausgabe gemeldeten Beschlüsse und Vernehmungen erfolgte die Vernehmung des Regierungsrats Ratte. Im Gegensatz zu der Aussage des Ministers Hermes bemerkte der Zeuge mehrfach energisch, daß er **stets im besonderen Auftrage des Ministers** gehandelt habe, und daß kein Schreiben in dieser „heiklen Angelegenheit" **ohne Kenntnis oder Anordnung des Ministers** hinausgegangen sei. Der Zeuge führte aus, daß die Briefe des Ministers an den Winzerverband, worin er sich über den billigen Preis wundert, auf Grund der Tatsache geschrieben wurden, daß der Brief des Winzerverbandes am 10. Februar 1921 mit den Preisen der Weinsendung in die Hand eines mittleren Beamten des Ministeriums gefallen sei und Gefahr bestanden hätte, daß dieser mit der Abschrift Mißbrauch treiben würde.

Nach der Mittagspause wurde als weiterer Zeuge der Ministerialdirektor Heukamp vom Reichsernährungsministerium vernommen. Der Zeuge wandte sich gegen die Behauptung, daß Minister Hermes durch ihn den Wein bezogen habe und betonte wiederholt, daß der Winzerverband sich direkt an den Minister gewandt habe. Er, Zeuge, habe namentlich von den Preisen erst viel später Kenntnis erhalten.

Die Vernehmung des in der Zuckerbelieferung wichtigen Zeugen, Regierungsrat Diel, der bekanntlich mehrfach in protokollarischen Bemerkungen gegen eine Sonderzuwendung an den Winzerverband Stellung genommen hatte, konnte nicht erfolgen, da der Zeuge auf Urlaub ist. Desgleichen wurde noch nicht vernommen der Zuckerreferent Geheimrat Jungel und der Vertreter der Reichszuckerstelle Feldmann, die sich bekanntlich ebenfalls gegen eine Sonderzuweisung gewandt hatten.

Dagegen wurden die anderen Teilnehmer jener Sitzung, Minister Hermes und Staatssekretär Huber, die sich für eine Belieferung ausgesprochen hatten, vernommen, die heute erklärten, daß sie eine Sonderzuteilung für notwendig hielten, wofür sie in der Hauptsache politische Gründe anführten.

Darauf vertagte sich der Ausschuß auf Dienstag, den 20. Juni, vormittags 9 Uhr, um die Vernehmung weiterer Zeugen durchzuführen.

Volkspartei gegen Staatsautorität.

Die „Nationalliberale Korrespondenz" redet im Auftrage ihrer Partei gern von der Notwendigkeit, die Autorität des Staates zu mehren. Hin und wieder möchte sie aber doch bei ihren Freunden von rechts, obwohl sie bei ihnen dauernd Ohrfeigen erntet, sich anschmeicheln. So bringt sie in ihrer jüngsten Nummer beschämenden Jubel über den Ungehorsam der ostpreußischen Behörden gegen die Anordnungen der preußischen Regierung zum Ausdruck. Sie benimmt sich wie unklare Leute von links, die öffentlich mannhaft „Opposition" markieren, während sie heimlich die Koalition stützen. So schreibt sie zu den Königsberger Vorgängen:

Wir freuen uns besonders, feststellen zu können, daß sich trotz der gegnerischen Hetze die Behörden mit Einschluß des Oberpräsidenten, städtische Körperschaften, Universität und Schulen durch die Maßnahmen der Regierung nicht von der Teilnahme an der Feier für Hindenburg haben abhalten lassen und daß es besonders für die Schulen bei der ursprünglichen Anordnung verblieben ist. Wir begrüßen es auch, daß die in Königsberg stehende Reichswehr, wie es sich gebührt, vor dem Feldmarschall, der im militärischen Sinne stets aktiv ist, auch wenn er sein Kommando niedergelegt hat, eine Parade abgehalten hat. Wenn leider doch bei einer Gelegenheit Blut geflossen ist, so trifft die Verantwortung diejenigen, die zu einem Teil, in richtiger Einschätzung dieser Eigenschaft, jede Gelegenheit herbeizuführen suchen, um die Klassenverhetzung zu fördern. Das ist die Lehre von Königsberg, wie es die von Breslau war.

Die Konferenz der britischen Arbeiterpartei, die zur Zweiten Internationale gehört, wird am 17. Juni in London eröffnet, um die wirtschaftliche und die politische Lage Europas, die Arbeitslosenfrage, die Reparationspolitik, die Beziehungen zu Rußland, die bevorstehende Haager Konferenz und die Beziehungen der Zweiten Internationale zur Gewerkschaftsinternationale zu erörtern. Man erwartet, daß auf der Konferenz 15 Länder vertreten sein werden, einschließlich Holland und Deutschland (Wels und Ad. Braun), und daß die Exekutive der 2. Internationale zusammentreten wird.

Gewerkschaftsbewegung

Großkampf in der Textilindustrie?

Es kann für den Beobachter der wirtschaftlichen Kämpfe längst kein Zweifel mehr darüber bestehen: die Unternehmer gehen systematisch vor, um das in den Jahren 1917 bis 1919 verlorene Terrain wieder zurückzuerobern und darüber hinaus die Arbeiter in ihrer Lebenshaltung um mindestens 25 Jahre zurückzuwerfen. Dieses Vorgehen ist ein internationales, durchaus einheitliches und geschlossenes. Wie der internationale Kongreß der Bauunternehmer, der im Oktober 1921 in Brüssel tagte, eine einheitliche Kampfparole gegen den Achtstundentag bzw. zu seiner Umgehung ausgab, die auch überall befolgt wurde, mehr oder weniger offen und brutal, je nach der Stärke der Gewerkschaften in den verschiedenen Ländern, so scheint auch in den anderen Industrien eine Verständigung über ein einheitliches Vorgehen erfolgt zu sein. Erleichtert wird den Unternehmern ihr Vorgehen einerseits durch die internationalen Währungsverhältnisse, die eine solidarische Aktion der Arbeiter äußerst schwierig, fast unmöglich machen, andererseits durch die kommunistische Spaltungs- und Zerstörungsarbeit, die ja glücklicherweise nicht überall den Erfolg hat, den die Kommunisten und die — Unternehmer davon erwarten.

In Deutschland scheinen wir einem schweren Kampfe um die 46-Stundenwoche in der Textilindustrie entgegenzugehen. Wenn die Unternehmer auf ihrer Forderung beharren, die durch zeitweise Einlegung von Ueberstunden praktisch die Durchbrechung des Achtstundentages bedeutet, dann wird es zu einem offenen Riesenkampf kommen. Wie ein solcher Kampf auch ausgehen mag, soviel kann von vornherein gesagt werden, daß er beiden Teilen schwere Wunden schlagen wird. Es kann den Textilunternehmern gar nicht dringlich genug gesagt werden, daß selbst ein verlorener Kampf für die Arbeiter nur ein für kurze Frist verlorener Kampf wäre. Heute sind die Textilarbeiter nicht mehr die zeitweise rebellierenden Sklaven, wie wir sie noch aus Hauptmanns „Webern" kennen, sondern freie Männer und Frauen, die über ihr Geschick zu bestimmen in der Lage sind und die sich im Deutschen Textilarbeiterverband eine Organisation geschaffen haben, die mit ihren mehr als 700 000 Mitgliedern allen Möglichkeiten gewachsen ist.

Entsprechend dem Ernst der Lage haben Verbandsvorstand und Beirat des Textilarbeiterverbandes in ihrer Sitzung vom 12. und 13. Juni, nach Ablehnung des Vorschlags der Unternehmer in Sachen der umstrittenen Arbeitswoche, die Verdoppelung der Beiträge angeordnet. In einem Aufruf an die Mitglieder werden diese aufgefordert, sich zur Abwehr zu rüsten und bereit zu halten. Die Tagung hat alle organisatorischen Maßnahmen vorgesehen, um einem von den Unternehmern heraufbeschworenen Kampfe gerüstet gegenüber zu stehen. Die Unternehmer in der Textilindustrie, die fabelhafte Gewinne machen, denen es noch nie so gut wie jetzt gegangen ist, seien noch einmal ernstlich gewarnt, die Dinge nicht auf die Spitze zu treiben. Die ungeheuerliche Ausplünderung der Verbraucher, die niedrigen Löhne der Arbeiter und die Milliardengewinne der Industriellen und Aktionäre sind des Skandals genug.

Streik der Steinmetzen.

Die Steinmetzen der Werksteingruppe des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands, Zahlstelle Berlin (Baubranche), befinden sich wegen Lohndifferenzen im Streik. Wir appellieren an das Solidaritätsgefühl aller Bauhandwerker und bitten diese, darauf zu achten, daß alle unsere Kollegen, welche mit dem Versetzen resp. der Bearbeitung von Sandstein, Granit, Kunststein und Beton an den Bauten beschäftigt sind, im Besitze einer graugrünen Arbeitsberechtigungskarte sind. Evtl. Vorkommnisse bitten wir uns unter folgenden Nummern telephonisch mitzuteilen: Amt Moritzplatz 4907 oder 2297 Zentralverband der Steinarbeiter.

Die Streikleitung. Die Ortsverwaltung.

Die Berliner Gewerkschaften im Jahre 1921.

Die Berliner Gewerkschaftskommission veröffentlicht soeben ihren 32. Jahresbericht, der in einer 288 Seiten starken Broschüre eine anschauliche Darstellung von der Entwicklung, den Kämpfen und Schwierigkeiten der Berliner Gewerkschaften gibt. Wir entnehmen ihm zunächst folgende Ausführungen über die

Mitgliederbewegung:

Die Berliner Gewerkschaften hatten hinsichtlich ihrer Gesamt-Mitgliederziffer im Vorjahre ihren bisherigen höchsten Stand erreicht. Unsere in früheren Berichten an das rapide Wachstum geknüpften Bedenken haben sich in gewisser Hinsicht als berechtigt gezeigt; schließt doch das Geschäftsjahr mit einem um zirka 24 000 geringerem Mitgliederbestand ab. Zum Teil wird diese Abnahme erklärlich aus der Tatsache, daß eine große Anzahl Frauen infolge der geltenden Demobilmachungsbestimmungen über Doppelexistenzen ihre Beschäftigung aufgeben mußten. Zum anderen hat die von den Kommunisten gespielte „Komödie der Irrungen" in den Kreisen der Neuorganisierten, in denen der gewerkschaftliche Gedanke noch nicht festen Fuß gefaßt hatte, doch vermocht, Verwirrung anzurichten. Wer soll auch zwischen den verschiedenen Parolen der Kommunistischen Gewerkschafts-Zentrale „Raus aus den Gewerkschaften" oder „Spaltet die Gewerkschaften" oder „Bleibt in den Gewerkschaften" die richtige herausfinden. Wenn dann bei Befolgung der ersten Parole die revolutionäre Energie sich noch in der Ersparung von Gewerkschaftsbeiträgen umwertet, ist es erklärlich, daß diese Parole Beachtung findet. Immerhin hält sich die Mitgliederabnahme noch in erträglichen Grenzen.

Die Entwickelung der Gesamtmitgliederzahlen in den Jahren 1913 bis 1921 stellt sich wie folgt:

1913: 302 052, 1914: 237 151, 1915: 144 159, 1916: 138 665, 1917: 167 702, 1918: 370 659, 1919: 685 744, 1920: 704 129 (diese Ziffer erhöhte sich im Laufe des Geschäftsjahres infolge Berichtigung noch um 2334), 1921: 679 919.

Von dem Gesamtmitgliederbestande Ende 1921 von 679 919 entfallen auf die männlichen Mitglieder 470 612, auf die weiblichen 186 556 und auf die jugendlichen Mitglieder 22 751. Die Abnahme an Mitgliedern gegenüber dem Vorjahre beträgt 24 210 = 3,43 Proz. An der Abnahme sind die männlichen Mitglieder mit 10 466 und die weiblichen Mitglieder mit 16 492 beteiligt, während die jugendlichen Mitglieder erfreulicherweise eine Zunahme von 2748 erfahren haben.

Die Fluktuation innerhalb der Mitgliederschaft zeigt bei den männlichen und weiblichen Mitgliedern fast das vorjährige Bild. Wenn auch eine geringe Besserung zu verzeichnen ist, so bleibt es doch zu bedauern, daß immer noch eine so erhebliche Zahl von Gewerkschaftsmitgliedern nur Gastrollen in ihren Organisationen geben, obwohl die harten Tatsachen des Lebens allen Arbeitenden die Notwendigkeit fester Organisationszugehörigkeit zu einer freien Gewerkschaft einhämmern müßten. Der angespannten Mitarbeit der Funktionäre wird es vorbehalten sein müssen, hier Wandel zu schaffen. Neu aufgenommen wurden 129 723 Männer, 92 751 Frauen und 12 940 Jugendliche, denen an Austritten 140 189 bzw. 109 243 bzw. 10 192 gegenüberstehen.

Im Berichtsjahre gehörten der Gewerkschaftskommission insgesamt 50 Gewerkschaften an. Die Organisationen der Artisten und Chorsänger schieden im Laufe des Jahres aus, leider ohne ordnungsmäßige Aufkündigung der Zugehörigkeit. Am Schlusse des Jahres ist auch der Zentralverband der Angestellten — welcher der Gewerkschaftskommission seit ihrem Bestehen angehörte — auf Grund des zwischen dem ADGB. und dem AfA-Bund getätigten Organisationsvertrages aus der Gewerkschaftskommission ausgeschieden, was wir an dieser Stelle mit Bedauern verzeichnen, wenngleich auch das Zusammenarbeiten zwischen Kopf- und Handarbeitern durch den Kartellvertrag mit dem Allgemeinen freien Angestelltenbund, Ortskartell Groß-Berlin, gewährleistet bleibt. Hinzugekommen ist im Juli 1921 die Ortsgruppe der Berufsfeuerwehrmänner, so daß am Beginn des Geschäftsjahres 1922 insgesamt 48 Gewerkschaften der Gewerkschaftskommission angehören. Der Größe nach rangieren sie folgendermaßen:

Metallarbeiter	147 881	Hutmacher	4 371
Transportarbeiter	120 150	Lithographen	4 047
Angestellte	69 974	Zimmerer	3 901
Gemeindearbeiter	55 469	Gärtner	3 478
Holzarbeiter	30 039	Kürschner	2 475
Bekleidungsarbeiter	26 931	Berufsfeuerwehrmänner	1 670
Fabrikarbeiter	24 252	Hausangestellte	1 437
Bauarbeiter	23 284	Asphalteure	1 408
Eisenbahner	18 886	Glasarbeiter II	1 360
Hotelangestellte	16 855	Lederarbeiter	1 137
Buchbinder	16 819	Steinsetzer	1 012
Buchdrucker	15 151	Steinarbeiter	981
Bäcker und Konditoren	11 618	Dachdecker	903
Graphische Hilfsarbeiter	11 408	Kupferschmiede	850
Textilarbeiter	9 575	Porzellanarbeiter	841
Sattler und Tapezierer	6 517	Böttcher	794
Brauerei- u. Mühlenarbeit.	6 003	Töpfer	769
Fleischer	5 318	Poliere	750
Schuhmacher	5 218	Friseure	741
Maler und Lackierer	5 192	Landarbeiter	627
Maschinisten und Heizer	4 947	Glasarbeiter I	626
Film- u. Kinoangestellte	4 800	Glaser	567
Musiker	4 776	Schornsteinfeger	289
Tabakarbeiter	4 557	Schiffszimmerer	230

Ende des rheinhessischen Angestelltenstreiks. Der Ausstand der Angestellten ist am Montag beendet und die Arbeit sofort wieder aufgenommen worden, nachdem die Streikleitung erklärt hat, angesichts dessen, daß die Beilegung des Ausstandes von Einzelstreitfällen abhänge, könne sie die Verantwortung für die Weiterführung des Streiks nicht übernehmen. — Der Ausstand der Transportarbeiter ist noch im Gange. Die Transportarbeiter verlangen neben den bereits mitgeteilten Forderungen einen Wochenlohn von 1200 M.

Deutscher Werkmeister-Verband! Alle in den Seifen- und Parfümeriefabriken befindlichen Werkmeister haben vollzählig in der am Mittwoch, den 14. Juni, abends 7 Uhr, stattfindenden Versammlung, Wilhelmstr. 111, zu erscheinen. Tagesordnung: Tarifvertrag.

21. Verbandstag der Brauer und Müller.

Dresden, 12. Juni.

In Anwesenheit von 74 Delegierten, acht durch Statut bestimmten Bezirksleitern, vier Vorstandsmitgliedern, des Redakteurs der Verbandszeitung, des Vorsitzenden des Verbandsausschusses und der Berichtskommission des Verbandsbeirats wurde am Sonntagnachmittag im Gewerkschaftshaus der Verbandstag eröffnet. Der ADGB. wird durch den Vorsitzenden Backert vertreten. Von ausländischen Organisationen sind vertreten: Schweiz, Lebens- und Genußmittelverband; Deutschösterreich, Lebens- und Genußmittelverband; Tschechoslowakei, Prager Verband und Bodenbacher Verband; Dänemark, Brauerei- und Brennereiarbeiterverband; Belgien, Lebens- und Genußmittelarbeiterverband, drei Delegierte.

Backert eröffnet den Verbandstag unter Hinweis auf die großen Umwälzungen auf politischem, in weit schwerwiegenderem Maße auch auf wirtschaftlichem Gebiet. Diese Umwälzungen im Interesse der Arbeiter zu beeinflussen, dazu gehöre wirtschaftliche Durchbildung und organisatorische Zusammenfassung der produzierenden Kräfte. Soweit die Geschehnisse auf die Organisation einwirkten, sind sie fruchtbringend gewesen, wenn die Organisationen vorher schon ein festes Gefüge waren. Die vor, während und nach der Revolution den Organisationen zuströmenden Massen wurden dort am schnellsten mit dem Wesen der Organisation vertraut.

Mit der Leitung des Verbandstages wird Hodapp-Berlin beauftragt. Die Abschaffung der

Nachtarbeit in den Mühlen

wird auf die Tagesordnung gesetzt. Zur Beratung der Anträge über Beiträge und Unterstützung wird eine Kommission gewählt. Ferner wird beschlossen, eine Gehaltskommission zu bilden.

An die Eröffnung schloß sich eine Feier, wobei Ministerpräsident Buck den Arbeiten des Verbandstages gute Erfolge wünschte.

Am Montagvormittag setzte der Verbandstag seine Arbeiten fort. Zum Geschäftsbericht, den Backert ausführlich ergänzte, behandelte er die Konzentrationsentwicklung in den einzelnen Industrien, für die der Verband zuständig ist, die Organisationsmöglichkeit in den Industrien, in die man erst später Eingang habe finden können und gibt entsprechende Ratschläge und Weisungen. Die dem Vorstand vom letzten Verbandstage zur Erledigung übergebenen Anträge und Beschlüsse werden vom Vorsitzenden rekapituliert und über ihre Ergebnisse berichtet; darunter fallen besonders die Verschmelzungsbestrebungen. Sie sind noch nicht erledigt und werden auf anderer Basis weitergeführt werden. Der letzte Verbandstag hat auch den Verbandsbeirat geschaffen, wir haben damit gute Erfahrungen gemacht. Besonders müsse sich dieser Beirat auch mit den immer wieder notwendig werdenden Beitrags- und Unterstützungsregelungen beschäftigen. Was besonders durch alle Mitteilungen durchklang, war

alles zu unterlassen, was die Einigung untergräbt

und die Organisation schwächt. Besonders müsse aber an die Kollegen in den Betrieben der dringende Wunsch gerichtet werden, in der Agitation mehr als bisher tätig zu sein. Wilde und politische Streiks dürfen aus Verbandsmitteln nicht unterstützt werden.

Käppler ergänzt den Vorstandsbericht mit Bezug auf die Verhältnisse in der Mühlenindustrie, die Mahllohn- und Arbeiterlohnpolitik der Mühlen erfordere besondere Vorsicht in nächster Zeit. Vorsicht auch gegenüber den Werbungen der Mühlenzeitungen um Arbeitskräfte nach den alten Bedingungen. Wittdorf-Kassierer ergänzt den Kassenbericht und befürwortet bessere Finanzierung der Hauptkasse, die nicht mehr den Verhältnissen entspricht. Redakteur Krieg verweist auf den vorliegenden Bericht und teilt mit, daß er in Aussicht genommen habe, einen billigeren Versand der Verbandszeitung zu finden.

Ausschußvorsitzender Wittich berichtet, daß das Zusammenarbeiten mit dem Vorstand sehr gut war. Wir sind zu der Ueberzeugung gekommen, daß der Hauptvorstand und alle Beamten ihre volle Pflicht und Schuldigkeit getan haben.

Verband der Buchbinder und Papierverarbeiter. Heute, ½5 Uhr, im Saal 4 des Gewerkschaftshauses, Engelufer 25, Branchenversammlung der Kartonnagenbranche. Berichterstattung von den Leipziger Verhandlungen. Erscheinen eines jeden einzelnen ist unbedingte Pflicht. Die Branchenleitung.

Deutscher Transportarbeiterverband, Gruppe Chemikalien. Am Donnerstag, abends 7 Uhr, in Wilkes Festsälen, Sebastianstr. 39, Gruppenversammlung. Tagesordnung: 1. Bericht von der Lohnverhandlung vor dem Schlichtungsausschuß. — **Sektion 5, Industriearbeiter.** Donnerstag, abends 6 Uhr, Funktionärversammlung in der Aula Weinmeisterstr. 16/17. Tagesordnung: Stellungnahme zum Verbandstag; Aufstellung der Kandidaten zum Verbandstag.

Sattler, Tapezierer und Portefeuiller. Donnerstag, 7 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Saal 4, außerordentliche Generalversammlung. Aeußerst wichtig. Erscheinen aller Kollegen erwünscht.

AfA-Funktionäre der Gesundheitsindustrie! Freitag, 7½ Uhr, im Empfangsraum des Bundeshauses, Berlin NW. 52, Werftstr. 7, Versammlung. Aufstellung unserer Juni-Forderung. AfA-Bund, Ortskartell Groß-Berlin.

Verantw. für den redakt. Teil: Franz Klühs, Berlin-Lichterfelde; für Anzeigen: Th. Glocke, Berlin. Verlag Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin, Lindenstr. 3.

Hierzu 1 Beilage.

Bilanz per 31. Dezember 1921.

Aktiva.	M	₰
Grundstücke und Gebäude	5 106 420	—
Hypothek	300 000	—
Fabrikationsanlagen und Maschinen usw.	1	—
Matrizen	1	—
Inventar	1	—
Modelle	1	—
Patente	1	—
Kraftwagen	1	—
Gespann	1	—
Wertpapiere u. Beteiligung	1 954 115	50
Kautionen	77 180	—
Kassenbestand	86 169	45
Bankguthaben	15 079 225	75
Außenstände	54 883 089	90
Aval . . . . Mk. 83 500,—		
Wechselbestand	1 833 040	15
Warenbestand	15 076 674	02
	94 396 265	77

Passiva.	M	₰
Aktienkapital	35 000 000	—
Gesetzliche Rücklage	4 642 935	58
Agio auf Neu-Emiss. für spät. Verrechnung	7 216 761	60
Hypotheken	915 000	—
Nicht eingel. Gewinnanteilscheine	77 710	—
Bankschulden	1 284 988	70
Aval . . . Mk. 83 500,—		
Gläubiger	13 339 245	78
Rückstellungen	16 357 343	88
Werkerhaltungs- und Erneuerungsfonds	1 479 298	60
Reingewinn	14 082 979	46
	94 396 265	77

Die auf 20% festgesetzte Dividende sowie 10% Bonus gelangen mit zusammen M. 300,— pro Dividendenschein 1921 bei der Nationalbank für Deutschland, Kommanditgesellschaft auf Aktien, bei der Deutschen Bank, bei der Dresdner Bank und bei den Bankhäusern S. Marx & Co., Kommanditgesellschaft auf Aktien und Schwarz, Goldschmidt & Co., hier, zur Auszahlung. 1947

Berlin, den 12. Juni 1922.

Carl Lindström
Aktiengesellschaft

Der Vorstand.
M. Strauss. Thomas. Bodansky. Seligsohn

Kaufmännisches
Gewerbliches
Technisches
Personal jeder Branche erhalten Sie auf eine Anzeige im Arbeitsmarkte des „VORWÄRTS" der in den Kreisen der Angestellten u. Arbeiter allgemein gelesen wird

Kinderwagen
Kasten-
Korb-
Sport- und
Promenaden-Wagen
mit oder ohne Garnitur
in vielen Preislagen
Kaufhaus des Westens GmbH

„Servus" merke sich ein jeder,
putzt die Schuh' – erhält das Leder.
Chem. Werke Lubszynski & Co A.-G. Berlin-Lichtenberg

SOEBEN ERSCHIEN! RUSSISCHE KORRESPONDENZ SOEBEN ERSCHIEN!
Nr. 4/5
Aus dem Inhalt: N. LENIN: Der XI. Kongreß der Komm. Partei Rußlands / G. TSCHITSCHERIN: Rede in der Eröffnungssitzung der Konferenz in Genua / Memorandum der Russischen Delegation an die Konferenz in Genua / G. SINOWJEW: Die Bedeutung des XI. Kongresses der KPR. / N. LENIN: Die äußere und innere Lage / Resolutionen und Beschlüsse des XI. Kongresses der KPR. / L. TROTZKI: Das fünfte Jahr der Roten Armee — ein Lehrjahr / Die Rote Armee in den vier Revolutionsjahren / W. SMIRNOW: Die Rote Armee und ihre Aufgaben / S. WARIN: Die Lehren des Bürgerkrieges / G. SOKOLNIKOW: Die neue Wirtschaftspolitik / L. TROTZKI: An die Verleumder Sowjetrußlands / N. LENIN: Zur Lage / L. TROTZKI: Georgien / I. WARDIN: Die Menschewiki in der russischen Revolution / J. GURSKI: Die Rechnung Georgiens / L. SOSNOWSKI: Wie die Engländer in Turkestan den Grundstock für Zivilisation, Gesetzlichkeit und Demokratie legten / Die „Tätigkeit" der Sozialrevolutionäre / LYDIA KONOPLEWA: Offener Brief an Viktor Tschernow / M. TOMSKI: Die Aufgaben der Gewerkschaften / FRANZ JUNG: Den Vorhang weg! / MARCEL FOURRIER: Das Petroleum von Baku und die Spekulation auf Rußland
168 Seiten Preis Mk. 45.—
Zu beziehen durch jede Buchhandlung oder direkt vom
VERLAG CARL HOYM NACHF., LOUIS CAHNBLEY, HAMBURG 8

Für
Gold- u. Silber-Bruch
Brillanten etc.
zahlt die höchsten Tagespreise
Juwelen-Einkaufs-Gesellschaft Hopenfeld & Co.
Berlin Antwerpen
Beuthstraße 12 (Spittelmarkt)

Kaute Gebisse
auch zerbrochene, zahle i. Zahn 35-500
Platin-, Gold-Silber-Bruch
höchste Tagespreise
Herrmann
Wilhelmstr. 39
nahe Leipziger Straße.

Lohnzulagenverschleppung.

Die Wiederkehr des Magistratsantrages auf Erhöhung des Straßenbahntarifs.

In der gestrigen Stadtverordnetensitzung erlebten wir das Schauspiel, daß die rechtsstehenden Fraktionen von den Deutschnationalen bis zu den Demokraten bei zwei Dringlichkeitsvorlagen über Lohnzulagen die Entscheidung ohne triftigen Grund verzögerten und eine höchst überflüssige Ausschußberatung durchsetzten. Erst hinterher schien ihnen die Erkenntnis aufzudämmern, welches schwere Unrecht sie hiermit an den Arbeitern und nichtständig Angestellten begingen, die schon lange auf die Zulagen warten. Im Laufe der Sitzung teilte dann der Stadtverordnetenvorsteher mit, daß inzwischen der Aeltestenausschuß den Magistrat gebeten habe, auf diese nun noch nicht bewilligten Zulagen einen Vorschuß zu zahlen, und daß der Magistrat sich dazu bereit erklärt habe. — Lebhafte Auseinandersetzungen erwartete man bei der erneuten Dringlichkeitsvorlage über die Erhöhung des Straßenbahntarifs auf 4 M. Sie war vom Magistrat mit äußerster Beschleunigung wieder eingebracht worden, nachdem erst am Abend vorher die Verkehrsdeputation sich für die Erhöhung ausgesprochen hatte. Die Stadtverordnetenversammlung verzichtete aber gestern einstweilen auf jede Erörterung — selbst die Kommunisten brachten es diesmal fertig, sich zu bezähmen — und die Vorlage wurde einem Ausschuß überwiesen.

•

In der gestrigen außerordentlichen Sitzung (die an die Stelle der am 15. ausfallenden trat) wurde zunächst einem Dringlichkeitsantrage der Unabhängigen entsprechend an den Magistrat die Aufforderung gerichtet, die von der Versammlung schon am 15. Februar beschlossene Gleichstellung der Altpensionäre mit den Neupensionären sofort durchzuführen und den ersteren sofort einen Vorschuß zu gewähren. — Die auf Betreiben der Deutschen Volkspartei am letzten Donnerstag auf heute vertagte zweite Beratung der Vorlagen wegen

Erhöhung der Mailöhne

für die städtischen Arbeiter und wegen Regelung der Bezüge der nichtständigen Angestellten ab 1. April führte nochmals Redner aller Fraktionen ins Gefecht, endete aber unerwarteterweise mit der Verweisung an einen Ausschuß. Wieder drangen die Wortführer der bürgerlichen Parteien (nur der Redner des Zentrums Recker machte eine Ausnahme) auf stärkere Differenz der Lohnsätze zugunsten der Handwerker und Qualitätsarbeiter und warnten vor der Fortsetzung eines Systems öder Gleichmacherei, während von der gesamten Linken und von dem Zentrumsvertreter die dringende Notwendigkeit alsbaldiger Verabschiedung der Vorlage in den Vordergrund gestellt wurde, um die Arbeiter endlich in den Genuß der erhöhten Löhne für Mai zu setzen. Leider ließ die Besetzung der Linken zu wünschen übrig, so daß trotz der Zentrumshilfe die Gegner der Verschleppungstaktik mit 80 gegen 84 Stimmen in der Minderheit blieben. — Eine Anfrage der Kommunisten, die Dr. Rosenberg begründete, verlangt, von der Tatsache ausgehend, daß am 14. April am Grab der ehemaligen Kaiserin in Potsdam ein Kranz mit schwarzweißroter Schleife und der Aufschrift „Der deutschen Frau gewidmet vom Berliner Selbstschutz" niedergelegt worden ist, vom Magistrat Aufschluß darüber, was er zu tun gedenke, um die Berliner Bevölkerung vor den Gefahren zu schützen, die sich aus dieser angeblichen freiwilligen Polizeitruppe, in Wirklichkeit einer monarchistischen Orgesch-Organisation, ergeben. Die Rechte machte krampfhafte Versuche, den Redner durch Lachsalven aus dem Konzept zu bringen, drang indessen damit nicht durch. Stadtsyndikus Lange teilte mit, daß die gegen den amtlichen Auflösungsbeschluß angestrengte Klage im Verwaltungsstreitverfahren noch schwebt. Die Besprechung der Anfrage wurde beschlossen, aber auf die nächste Sitzung verschoben. — Die Frage, ob und unter welchen Bedingungen die städtische Darlehnskasse, deren Betrieb der Magistrat bereits mit Ende März d. J. einstellen wollte, weitergeführt werden kann, soll in einem Ausschusse näher geprüft werden. — Der Magistratsantrag, den Standesbeamten-Hilfsstellvertretern vom 1. April 1922 als Tagesvergütung den 365. Teil des Anfangsgehalts der Gruppe 7 zuzüglich Orts- usw. Zuschläge zu zahlen, fand die Zustimmung der Versammlung; an der Erörterung beteiligte sich auch der kommunistische Stadtrat Stolt. — Eine längere Aussprache zeitigte auch die

Erhaltung der Fachschule des Lette-Vereins.

Aus der Ausschußberatung des betreffenden demokratischen Antrags ist der Antrag hervorgegangen, unter der Voraussetzung, daß Reich und Staat gemeinsam zur Erhaltung der Bildungsanstalten beitragen, auch die Bereitwilligkeit der Stadt Berlin zu einer laufenden jährlichen Unterstützung oder zur Gewährung eines zinslosen Darlehns auszusprechen, wofür der Stadt ein Einfluß auf Organisation und Verwaltung des Lette-Vereins zu garantieren wäre. Fast einstimmig gelangte dieser Antrag zur Annahme.

Hierauf beschloß die Versammlung ohne Erörterung die vom Magistrat nach Anhörung der Verkehrsdeputation nunmehr zum drittenmal eingebrachte Dringlichkeitsvorlage wegen **Einführung des 4-Mark-Tarifs auf der Straßenbahn einem Ausschuß zu überweisen.** — Mit der Aufnahme einer Hypothek von 1 330 000 M. bei der Sächsischen Bodenkreditanstalt für die 38 Häuser des zweiten Bauteils der Siedlung des Bezirksamtes Köpenick an der Dahlwitzer Straße erklärte man sich einverstanden.

Zu den Magistratsvorschlägen wegen

Beschaffung weiterer Sport- und Spielplätze

hat der Ausschuß für die 6 Projekte Hippodrom, Schönholzer Heide, Reinickendorf (Scharnweberstraße, Neukölln, Wilmersdorf und Steglitz je 6, 2, 3, 6, 2,5 Millionen und 300 000 M. zu bewilligen empfohlen. Dem Ausschußantrag wird mit der Maßgabe zugestimmt, daß der Betrag für Steglitz auf 500 000 M. erhöht wird.

Ueber den Entwurf einer vorläufigen Satzung der Werksdeputation, den der Magistrat am 31. Mai vorgelegt hat, um aus den jetzigen unhaltbar gewordenen Verhältnissen der Werke in den einzelnen Bezirken herauszukommen, erhebt sich noch eine kurze Debatte. Der Entwurf wird genehmigt, die Zusammensetzung der Deputation auf Antrag der Rechten dahin geändert, daß sie aus 5 Magistratsmitgliedern und je 10 Stadtverordneten und Bürgerdeputierten bestehen soll.

Vom Vorsteher Dr. Caspari wird noch gegen 9 Uhr ein Beschluß des Aeltestenrats zur Kenntnis gebracht, den Magistrat zu ersuchen, auf die Löhne und Bezüge der Arbeiter und nichtständigen Angestellten für Mai

Vorschüsse

zu zahlen, und zwar 90 Proz. für Erwachsene, 85 Proz. für Jugendliche; Oberbürgermeister Böß wird über den Antrag morgen die Beschlußfassung des Magistrats herbeiführen.

Nach Erledigung einiger weiterer kleinerer Vorlagen schließt die öffentliche Sitzung um 9 Uhr.

Das Tempelhofer Feld als Volkspark.

Für die städtischen Verwaltungen hat jetzt das Städtebauamt im Auftrage des Magistrats Verhandlungen mit dem Reichsschatzministerium aufgenommen, damit bei der Inanspruchnahme des Tempelhofer Feldes die Interessen des Verkehrs gewahrt werden und die Einteilung nach einem einheitlichen Plane geschieht. Das Reichsschatzministerium, das bisher einen Feldteil an einen Kleingartenverein der Post abgegeben und einen weiteren Feldteil für einen Sportverein in Aussicht genommen hatte, hat erfreulicherweise dem ihm vorgelegten Plane zugestimmt. Nach diesem soll das mit Bäumen bestandene Gelände als Freifläche ausgewiesen und als Volkspark erhalten werden. Am Nordrand des Feldes sind der erwähnte Kleingartenverein der Post und der Sportverein untergebracht. Am Ostrande des Feldes wird dem Bezirksamt Neukölln ein 500 Meter breiter Streifen für Spiel- und Sportzwecke zugewiesen. Den Südrand nehmen Kleingärten ein. Inmitten dieser Randgebiete verbleibt der größte Teil des Feldes als freier Tummelplatz für die Gesamtbevölkerung. Eine städtebaulich befriedigende Einfügung des Tempelhofer Feldes in das Stadtbild wird durch Anlage einer Promenade mit Sitzplätzen an der Tempelhofer Chaussee und von Baumalleen als Begrenzung der geplanten Anlagen angestrebt.

Dauerkampf um die Straßenbahn.

Der Kampf um die Straßenbahn, der gestern in der Verkehrsdeputation begonnen hat, setzte sich im Etatsausschuß in einer fünfstündigen Debatte noch etwas hitziger fort. Ging es dort nur um die Tarife, so ging es hier ums Ganze. Die bürgerliche Mehrheit setzte alles daran, um eine Privatisierung der Straßenbahn zu erzwingen, oder, falls dies nicht gelingen sollte, durch die Verkoppelung einer Straßenbahnanleihe mit der Güterverpachtung wenigstens die Güter der Kommune aus der Hand zu schlagen. Man malte zu diesem Zwecke schwarz in schwarz, verlangte hier zum ersten Male während der ganzen Etatberatung eine haushaltsmäßige Berücksichtigung der inzwischen eingetretenen Verteuerung, die man mit 600 Millionen auf die Minus-Seite stellen wollte, ohne das Einnahmeplus aus Tariferhöhungen bewilligen zu wollen. Man sieht also, daß bei dem Widerstand gewisser bürgerlicher Kreise gegen eine Tariferhöhung durchaus nicht die im Munde geführten Allgemeininteressen, sondern höchst egoistische privatkapitalistische Interessen ausschlaggebend sind. Dasselbe gilt bei dem geforderten „Erneuerungsfonds" in Höhe von 400 Millionen Mark. Obgleich der Oberbürgermeister wie der Stadtkämmerer sich auf das entschiedenste gegen eine solche Anleihe im gegenwärtigen Moment wehrten und sogar mit der Ablehnung des Etats durch den Magistrat drohten, obgleich der Stadtbaurat erklärte, daß man sich noch über dieses Jahr hinüberhelfen könnte, setzte die bürgerliche Mehrheit die Position fest. Obligationen in Höhe von 400 Millionen würden bei einer Stabilisierung der Mark oder gar bei einem Aufstieg des Markkurses die Straßenbahn und die städtische Verwaltung geradezu katastrophal belasten. Die Bürgerlichen wollten ja aber durch diesen Beschluß auch nur einen neuen Druck auf die städtischen Körperschaften zur Privatisierung der Straßenbahn oder zur Verpachtung der Güter ausüben. Die Kommunisten leisteten diesen kurzsichtigen Plänen der bürgerlichen Fraktionen wieder einmal Vorspanndienste — aus kindischer Freude daran, ein Loch von 400 Millionen Mark in den städtischen Etat zu reißen, um dessen Zustopfung sie sich keine grauen Haare werden wachsen lassen.

Vampyre der Großstadt.

Der „böse Geist" der Frau Spanier.

Mit den dunklen „Geschäften" der Frau Helene Spanier, die bekanntlich unter dem Verdacht der Anstiftung zum Morde des Teppichhändlers Neißer in der Steglitzer Straße steht, hatte sich unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Dr. Friedmann die Strafkammer des Landgerichts III zu beschäftigen.

Wie die Ermittlungen der Kriminalpolizei zum Teil bestätigt haben, soll die Frau Spanier bei zahlreichen Vergehen und Verbrechen der letzten Jahre stets ihre Hand mit im Spiele gehabt und dabei die Rolle des bösen Geistes gespielt haben. Dies war auch der Fall in der jetzt zur Anklage stehenden Diebstahlssache. Der Militäranwärter Schulz machte eines Tages auf dem Alexanderplatz die Bekanntschaft einer gewissen Gretel Scholz, die ihm den Vorschlag machte, gegen Hergabe rotgestempelter Tausendmarkscheine billige Zigaretten zu kaufen. Als Schulz darauf einging, wurde er von der S. in das Pensionat der Frau Ottilie Hagemann verschleppt, wo ihm die Angeklagte Spanier als „Frau Dr. Stein-Sallet" vorgestellt wurde. Nach vorher verabredetem Plan, an der sich auch die Verkäuferin Elfriede Schumann beteiligte, die sich mit Schulz erst ein Stelldichein in einem der Zimmer des Pensionats gab, wurde Schulz plötzlich ans Telephon gerufen, und als er zurückkam, war die Aktentasche samt der 8000 M. verschwunden. In der gestrigen Verhandlung bezweifelte Rechtsanwalt Dr. S. Eisenstaedt die Verhandlungsfähigkeit der Angeklagten Spanier, die schon seit mehreren Tagen krank sei und Fieber habe. Die herbeigeholten Gerichtsärzte Sanitätsrat Dr. Leppmann und Dr. Bürger stellten fest, daß die Angeklagte tatsächlich nicht verhandlungsfähig war. Das Verfahren gegen die Spanier wurde deshalb abgetrennt. Gegen die Mitangeklagten Schumann und Hagemann beantragte der Staatsanwalt je 6 Monate Gefängnis, während Rechtsanwalt Gutzeit für sie geltend machte, daß beide das Opfer der Frau Spanier geworden seien, die wie ein böser Dämon Leute mit schwachen Charakteren in ihren Bann gebracht und sie zu allen möglichen Straftaten angestiftet habe. Das Gericht erkannte auf 2 bzw. 3 Monate Gefängnis und billigte beiden die bedingte Begnadigung zu, der Hagemann unter der Bedingung, daß sie bis zum 1. April 1923 5000 M. an die Staatskasse zahle.

Der Ruf durchs Fenster.

30] Roman von Paul Frank.

11.

Rigaer Nachrichten.

Riga, 15. März.

Rätselhaftes Verschwinden eines jungen Mädchens.

Noch zittert in allen Gemütern die Erregung über das plötzliche Verschwinden des Schauspielers Albert Reuß nach. Drei Tage sind erst vergangen, seit diese Kunde unsere Stadt durchflogen. Trotzdem diese Zeit benützt worden und nichts unversucht geblieben ist, war es bisher noch nicht möglich, Licht in die dunkle Affäre zu tragen, die zur Stunde ebenso rätselhaft und ungeklärt erscheint wie im Anfangsstadium. Während jedoch die Neugierde des Publikums begreiflicherweise in ungeschwächtem Grade sich dem Fall Reuß zuwendet, während jedermann wünscht, daß es der rastlos tätigen Polizeibehörde gelingen möge, das Rätsel zu lösen, das Fragezeichen zu bannen, hat sich ein neuer Fall zugetragen, der ganz danach angetan ist, das Interesse der Allgemeinheit in hohem Grade zu fesseln. Albert Reuß ist noch nicht gefunden; man hat auch nicht die leiseste Spur entdeckt, die zu ihm führen könnte — und schon hat sich ein anderes Vorkommnis ereignet, das dem vorangegangenen nicht unähnlich ist, da es sich wieder um das plötzliche und ganz unerklärliche Untertauchen einer Person handelt, bloß daß es diesmal ein junges Mädchen ist, das spurlos von der Bildfläche verschwunden ist. Man erinnert sich nicht, daß die Lokalchronik unserer Stadt jemals der Schauplatz zweier so rasch hintereinander erfolgender peinlicher Ereignisse gewesen wäre. Die Vermißte ist eine junge Dame, die den ersten Gesellschaftskreisen unserer Stadt angehört. Sie heißt Erika Dieſt, ist die Tochter des Großindustriellen Ewald Dieſt, Besitzers der Kautschukwerke „Eternit". Sie hat Montag nachmittags das Elternhaus verlassen und ist bis zur Stunde nicht zurückgekehrt. Die tiefgebeugten Eltern haben sich endlich entschlossen, die Abgängigkeitsanzeige zu erstatten.

Das Mädchen aus gutem Hause.

Erika Dieſt ist einundzwanzig Jahre alt. Sie hat eine ausgezeichnete Erziehung genossen, wie es der gesellschaftlichen Stellung und dem Vermögen des Vaters angemessen ist. Den verschiedenen Zweigen des Sports war sie sehr zugetan und im Sommer auf dem Tennis-, im Winter auf dem Eislaufplatz zu sehen. Eine überaus wohlgeratene, folgsame Tochter, hat sie ihren Eltern niemals Unannehmlichkeiten bereitet. Ihre Schulzeugnisse sind stets die besten gewesen. Es handelt sich demnach keineswegs, wie mancher anzunehmen geneigt wäre, um einen Wildfang, um ein Abenteuern geneigtes Geschöpf, bei dem ein derartiges Vorkommnis in Rechnung zu ziehen wäre. Erika Dieſt war durchaus gut veranlagt und hat ihren Eltern niemals auch nur den geringsten Kummer verursacht. Wenigstens ist das bis vor kurzer Zeit so gewesen. Solange hat die junge Dame vollkommen im Einverständnis mit ihren Hausgenossen und zur Zufriedenheit von Vater und Mutter gelebt. Sie hat das Haus nur in Begleitung der Gouvernante, respektive der Gesellschafterin oder Lehrerin verlassen, von der sie sich stets auf ihren Ausgängen begleiten ließ. Bis eines Tages dann ein bestimmtes Ereignis im Leben der jungen Dame eine gründliche Veränderung hervorgerufen hat.

Der Herr Studiosus.

Die Eltern sprechen nur mit Ingrimm von jenem Tag, der nun schon längere Zeit zurückliegt, an dem Erika Dieſt einen jungen, um weniges älteren Mann kennen — und lieben gelernt hat. Wie der Vater behauptet, hat es sich eigentlich um eine einseitige Leidenschaft gehandelt. Jedenfalls mußte der junge Mann das Mädchen in der Folge an sich zu fesseln, so daß es Erika Dieſt trotz erhöhter Wachsamkeit der Eltern verstand, mit dem jungen Mann immer wieder, wenn auch nur auf kurze Zeit, zusammenzutreffen. Es kam öfter als einmal vor, daß sie das Haus ohne Begleitung von Lehrerin oder Gouvernante verließ. Die Eltern, die von den heimlichen Zusammenkünften Kenntnis erhalten hatten und ihrer Tochter ernsthaft ins Gewissen redeten, erzielten jedoch nicht das gewünschte Resultat. Die junge Dame erklärte im Verlauf einer sehr erregten Auseinandersetzung, daß sie keineswegs gesonnen sei, den Verkehr mit dem jungen Manne, der ihr Vertrauen besitze, aufzugeben. Sie verbat sich mit Rücksicht auf ihr Alter und unter Betonung, daß sie ein erwachsenes junges Mädchen sei, jede fernere Einmischung. Heiratsplänen ihrer Mutter setzte sie allerheftigsten Widerstand entgegen, so daß das eine oder das andere Projekt, das diesbezüglich erwogen worden war, als gescheitert angesehen werden mußte. Da entschloß sich der Vater eines Tages, den Schritt zu tun, der ja doch einmal getan werden mußte und von dem er sich eine entscheidende Wendung der Dinge versprach, die auf andere Weise nicht eintreten wollte. Er beschied den jungen Mann zu sich.

Der abgewiesene Freier.

Durch eine Mittelsperson ließ er den hartnäckigen Verehrer auffordern, ihn zu besuchen. Er erwartete ihn in seinem Privatbureau. Thaddäus Dmochowski — dies der Name des jungen Mannes — leistete der Aufforderung Folge und erschien vor Herrn Dieſt. Das hat sich vor ungefähr vierzehn Tagen ereignet. Herr Dieſt hat mit Herrn Dmochowski in aller Ruhe zu sprechen versucht, jedoch ist die Unterredung im Laufe der Zeit — sie hat länger als eine Stunde gedauert — heftiger und erregter geworden. Herr Dmochowski ist Student der Medizin an der hiesigen Universität. Daß er ein fleißiger Hörer der Vorlesungen sei, konnte er nicht einmal selbst behaupten. Er war, trotz seiner sechsundzwanzig Jahre, erst über die Anfangsprüfungen hinausgekommen, obwohl er doch schon längst sein Doktordiplom hätte in der Tasche haben können. Auf die diesbezüglichen Vorhaltungen des Herrn Dieſt antwortete er ausweichend und mit einem Achselzucken. Vor allem, daß das allein seine Sache sei. Worauf Herr Dieſt, einigermaßen aufgebracht über das Verhalten des jungen Mannes, entgegnete, daß er sich wohl auch ein Wort hierüber anmaßen dürfe, da Herr Dmochowski doch die Absicht habe, seine Tochter zu heiraten. Jawohl, erwiderte der Student, diese Absicht habe er allerdings. Worauf Herr Dieſt ihn in aller Ruhe, zugleich aber sehr energisch ersuchte, diese seine Absicht aufzugeben, da das Mädchen niemals die Erlaubnis erhalten würde, eine solche Verbindung einzugehen. Ohne daß es ihm jedoch gelungen wäre, mit dieser Verkündung besonderen Eindruck hervorzurufen. Der Student erklärte freimütig, daß er das Mädchen wirklich und aufrichtig lieb habe und daß er es unter allen Umständen heiraten müsse. Endlich riß Herrn Dieſt die Geduld. Nachdem er versucht hatte, den unbequemen Freier durch Anbieten eines respektablen Geldgeschenkes zu einer Absage zu bringen, sagte er ihm rund heraus, daß er sich das Mädchen aus dem Kopfe schlagen müsse, das er niemals besitzen werde. Herr Dieſt verbot dem Studenten in Zukunft jedes Zusammentreffen mit seiner Tochter. Er drohte ihm, sich des polizeilichen Beistandes zu versichern und stellte dem jungen Manne das gerichtliche Einschreiten in Aussicht. Dieser verließ wortlos das Bureau.

(Fortsetzung folgt.)

Der Aufbau des Jugendamtes.

Konferenz der Deutschen Zentrale für Jugendfürsorge.

Am 2. Tag der von der deutschen Zentrale für Jugendfürsorge nach Berlin einberufenen Konferenz zur Erörterung der Frage, wie im Sinne des kommenden Reichs-Jugendwohlfahrtsgesetzes die Jugendämter zu gestalten sind, referierte Ministerialrat Dr. Gertrud Bäumer-Berlin über: „Die Vorbildung der Beamten des Jugendamtes." Nicht Routine in irgendeiner Verwaltungstätigkeit, sondern sozialpsychologische Schulung ist das Wichtigste; denn nicht um aktenmäßig zu erledigende Arbeit handelt es sich, sondern um Beeinflussung des Schicksals lebendiger Menschen. Natürlich soll der Beamte des Jugendamtes möglichst durch seine Vorbildung auf die Aufgabe eingestellt sein, die er hier zu lösen hat, aber man darf die Zulassungsbedingungen nicht zu streng fassen, sondern muß auch Personen die Mitarbeit ermöglichen, die auf eigenen Wegen die Befähigung zu ihr erworben haben. Neben Männern und Frauen mit akademischer (juristischer, sozialwissenschaftlicher, pädagogischer, medizinischer) Bildung braucht das Jugendamt solche mit einer auf besonderen Lehranstalten erworbenen sozialen Berufsbildung oder auch mit praktischer Erfahrung ohne schulmäßige Ausbildung.

Das Referat von Frau Dr. Marie Baum-Karlsruhe über: „Einordnung der Jugendfürsorge in die vorhandenen Einrichtungen der Familienfürsorge" suchte nachzuweisen, daß zur Lösung der durch das Reichsjugendwohlfahrtsgesetz gestellten Aufgaben die Schaffung von Bezirksfürsorgestellen, die in möglichst kleinen Bezirken möglichst alle behördliche Wohlfahrtspflege zusammenfassen, unerläßlich ist. Das Hauptgewicht sei darauf zu legen, daß die Bezirksfürsorgerin persönliche Beziehungen pflegt, aus denen Vertrauen erwächst.

Es folgte eine sehr ausgedehnte Diskussion über sämtliche Referate beider Konferenztage. Unter anderem wurden gegen die Angliederung der Jugendämter an die Wohlfahrtsämter erhebliche Bedenken geäußert, weil das Wohlfahrtsamt dem Armenwesen nahestehe.

Am Nachmittag wurde die Konferenz geschlossen.

Verkehrsverbesserung für Lichtenrade.

Schon lange vor dem Kriege haben die Bewohner Lichtenrades um die Verlängerung der Straßenbahn nach Lichtenrade gekämpft. Die Projekte zur Verlängerung der Straßenbahnlinie durch die Lichtenrader Chaussee in Mariendorf nach Lichtenrade befanden sich bereits in Arbeit und auch die Straßenbahngesellschaft wollte die Verlängerung vornehmen, sie zerschlugen sich aber schließlich doch wieder infolge der unvernünftigen Forderungen der Anlieger. Die Steigerung der Baukosten von Straßenbahnen machen zurzeit die Verlängerung der Straßenbahn nach Lichtenrade unmöglich. Daher hat das Verkehrsamt jetzt mit der Allgemeinen Berliner Omnibusgesellschaft ein Abkommen getroffen, nach dem, voraussichtlich bereits Anfang Juli, zwischen Lichtenrade und der Endhaltestelle der Straßenbahn an der Lichtenrader Chaussee oder nach der Dorfstraße in Mariendorf versuchsweise ein Kraftwagenverkehr eingerichtet wird, der zunächst als Zubringer zur Straßenbahn gedacht ist. — Zurzeit schweben zwischen dem Verkehrsamt der Stadt Berlin und der Omnibusgesellschaft noch Verhandlungen wegen der Regelung des Umsteigeverkehrs mit durchgehenden Fahrscheinen, die zum Uebergang vom Omnibus zur Straßenbahn und umgekehrt berechtigen.

Weitere Einzelergebnisse der Elternbeiratswahl an den höheren Schulen liegen jetzt vor. 5. Oberrealschule: Christliche Liste 172 Stimmen (4 Sitze), freiheitliche Liste 125 Stimmen (2 Sitze). Ungültig sind 4 Stimmen, im ganzen abgegeben 301. Wahlbeteiligung 50 Proz. — Albrecht-Dürer-Oberrealschule Neukölln: Christliche Liste 600 (487) Stimmen, sozialistische Liste 126 (159) Stimmen. Zahl der Wähler 1200 (1100). Gewählt: Christliche 11 (9), sozialistische 2 (2). Wahlbeteiligung 60 Proz. (60 Proz.). Das knappe Ergebnis ist hier eine Folge der Gleichgültigkeit vieler gewerkschaftlich und politisch Organisierter. Diese wegen ihrer betrübenden Folgen feststehende Tatsache sollte allen Nichtwählern ein Warnungszeichen sein.

Eine blutige Ehetragödie spielte sich vorgestern abend in dem Hause Martin-Luther-Straße 16 ab. Hier war es zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen dem 27 Jahre alten Kaufmann Willi Paethke und dessen 21jährigen Ehefrau Luise geb. Strehler gekommen. Im Verlaufe derselben zog Paethke einen Revolver aus der Tasche und erschoß seine Ehefrau, dann jagte er sich selbst eine Kugel in die rechte Schläfe. Noch lebend schaffte man Paethke nach dem Auguste-Viktoria-Krankenhaus, während die Leiche der Ehefrau beschlagnahmt wurde. Ueber den Beweggrund herrscht keine völlige Klarheit.

Der Aktendiebstahl bei der Potsdamer Regierung. Für die Ermittlung des oder der Täter und die Wiederherbeischaffung der gestohlenen Kraftfahrerlaubnislisten hat die Regierung in Potsdam die Belohnung bis zur Höhe von 10000 M. ausgesetzt.

Höhere Gebühren für Hebammen. Die Gebührenordnung für Hebammen vom 21. März 1921 ist aufgehoben worden und durch eine neue ersetzt, wobei die niedrigsten Sätze zur Anwendung gelangen, wenn nachweisbar Unbemittelte oder Armenverbände die Verpflichteten sind. Sie finden ferner Anwendung, wenn die Zahlung aus Staatsfonds, aus den Mitteln einer milden Stiftung, eines Organes der gesetzlichen Zwangskrankenversicherung (Gemeindekrankenversicherung, Orts-, Betriebs-, Bau-, Innungs-, Knappschafts-, eingeschriebene Hilfskasse) zu leisten ist, oder wenn die Schwangere bzw. Mutter Anspruch auf Reichswochenhilfe hat, soweit nicht besondere Schwierigkeiten der Leistung oder das Maß des Zeitaufwandes einen höheren Satz rechtfertigen. Im übrigen ist die Höhe der Gebühr innerhalb der festgesetzten Grenzen nach den besonderen Umständen des einzelnen Falles, insbesondere nach der Schwierigkeit und Zeitdauer der Leistung und nach der Vermögenslage des Zahlungspflichtigen zu bemessen. Für den Beistand bei einer regelmäßigen und auch bei einer frühzeitigen Geburt für die Dauer bis zu 12 Stunden werden 250 bis 800 M., für jede folgende Stunde 10 bis 25 M. erhoben.

Anmeldungen für die Jugendweihe Oberschöneweide sind bis zum 24. Juni an folgenden Stellen abzugeben: Woik, Wilhelminenhofstr. 2, Laden, Bader, Wilhelminenhofstr. 17, Laden, Gronau, Wilhelminenhofstr. 47, Laden, Schuster, Wilhelminenhofstr. 48, Verbandsbureau, Konsumverkaufsstelle, Edisonstraße, Konsumverkaufsstelle, Mathildenstraße.

Die freie Schulgemeinschaft Friedrichshain veranstaltet am Sonnabend, den 17. Juni, im Volksgarten des Ostens (früher Menies Volksgarten), Lichtenberg, Röderstraße (Nähe Bahnhof Landsberger Allee), ein großes Volks- und Kinderfest. Das Programm wird fast ausnahmslos von proletarischen Künstlern bestritten. Es wirken u. a. mit: Männer- und Frauenchor Osten (Dirigent: Thilo), Mitgl. d. A.-S.-B., Arbeiterturnverein „Fichte" (Männer-, Frauen- und Lehrlingsabteilung) und die bekannte „Mutterriege Fichte", ferner Arbeiterradfahrer (Reigenabteilung) Solidarität. Der musikalische Teil wird von Berufsmusikern ausgeführt. Karten à 3,60 M. inkl. Steuer sind bei allen Funktionären, Elternbeiräten und allen mit Plakaten belegten Stellen zu haben.

Verhaftung eines Direktors der Erfurter Deutschen Werke. Der kaufmännische Direktor der Deutschen Werke, Werk Erfurt, Wilhelm Hamacher, wurde in Berlin verhaftet. Wie es heißt, hat der Verhaftete Produkte der Deutschen Werke zuungunsten des Unternehmens verkauft.

Ein außerordentlich starkes Erdbeben wurde am Sonntag nachmittag kurz vor zwei Uhr in verschiedenen Orten in der Provinz Wermland in Schweden beobachtet. Ein Erdbeben von dieser Stärke hat in Schweden seit 1904 nicht stattgefunden.

Ueber 20 Millionen Fehlbetrag im Stadthaushalte sind nach dem Rechenschaftsbericht über den Haushaltsplan der Stadt Dresden im Jahre 1920 zu verzeichnen. Die Einnahmen, die auf 457 Millionen Mark veranschlagt waren, beliefen sich auf fast 30 Millionen mehr, dagegen überstiegen die Ausgaben den Voranschlag von 457 Millionen Mark um reichlich 50 500 000 M., so daß ein Fehlbetrag von 20 707 508 M. entstanden ist.

Lebensmittelpreise des Tages.

Zufuhr: Fleisch ausreichend, Geschäft flau. Fische etwas reichlicher, Geschäft äußerst rege. Obst und Gemüse hinreichend, Geschäft flott.

•

Am Dienstag galten in der Zentralmarkthalle folgende Kleinhandelspreise:

Rindfleisch 42—56 M., ohne Knochen 57—65 M. **Kalbfleisch** 50 bis 62 M. **Schweinefleisch** 46—72 M. **Hammelfleisch** 43—55 M. **Schellfisch** 9—16 M. **Seelachs** 10—15 M. **Dorsch** 6—10 M. **In Eis: Schleie** 30—35 M. **Hechte** 30—36 M. **Aale** 45—50 M. **Lebende Barsche** 22 bis 24 M. **Karpfen** 35—42 M. **Bleie** 18—25 M. **Eier** 5—5,20 M. das Stück. **Naturbutter** 56—70 M. **Margarine** 35—45 M. **Schweineschmalz** 46—49 M. **Weizenmehl** 11—12 M. **Roggenmehl** 9 M. **Weizengrieß** 13—14,50 M. **Gerstengrütze** 11 M. **Grießnudeln** 17—18 M. **Reis** 10—16 M. **Kohlrabi** 15—18 M. die Mandel. **Spinat** 2,50—4 M. **Spargel** 4—15 M. **Radieschen** 0,50 M. das Bund. **Sellerie** 8 M. **Zwiebeln** 9—12 M. **Grüne Gurken** 22—30 M. das Stück.

Wahnsinnstat einer Mutter. In Neuland-Stöckicht bei Löwenberg hat die Frau des Gutsbesitzers Kraus ihren vier im Alter von 1 bis 8 Jahren stehenden Kindern den Hals durchschnitten und sich selbst das Leben zu nehmen versucht. Man nimmt an, daß die Frau, die im nächsten Monat ihrer Niederkunft entgegensieht, in einem Anfall geistiger Umnachtung gehandelt hat.

Ueberfall auf einen amerikanischen Lebensmittelzug. Im Gebiet von Zarizyn an der Wolga überfiel eine Masse Hungernder einen amerikanischen Lebensmittelzug. Der Zug wurde vollständig ausgeplündert.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Große Mitgliederversammlung der SPD. Freitag, den 16. Juni, abends 7 Uhr, in der Brauerei Friedrichshain, am Königstor. Thema: „Der Feind steht rechts." Referent: Philipp Scheidemann. Mitgliedsbuch legitimiert. Strengste Kontrolle an den Eingängen.

4. Kreis. Prenzlauer Berg. Donnerstag, den 15. Juni, 7 Uhr, Kreisdelegiertenversammlung im Saale der freireligiösen Gemeinde, Pappelallee 15. Tagesordnung: 1. Vortrag des Gen. Schiff über: „Genuakonferenz und Rapallovertrag". 2. Parteiangelegenheiten. — Montag, den 19. Juni, gemeinsamer Kreisfrauenabend im Saal der freireligiösen Gemeinde, Pappelallee 15. Vortrag des Gen. Bürgermeister Bauer über „Der Zweck der politischen Aufklärung der Frau".

5. Kreis. Friedrichshain. Achtung! Abteilungsleiter! Wegen der Versammlung am Freitag im Friedrichshain sind von jeder Abteilung 10 Ordner zu stellen. Ordner mit Armbinden müssen um 5½ Uhr dort sein und sich beim Gen. Littauer melden. Achtung Sänger! Der Chor Friedrichshain trifft sich um 6 Uhr im Lokal des Saalbaus Friedrichshain. — Die Abrechnung der Frühkonzertbilletts hat sofort beim Gen. Wartmann, Königsberger Straße 3a, stattzufinden.

8. Kreis. Kreuzberg. Donnerstag, den 15. Juni, von 6¼ bis 7¼ Uhr, Sitzung der Zeitungskommission bei Reim, Urbanstr. 29. Jede Abteilung hat mehrere Vertreter zu entsenden.

Heute, Mittwoch, den 14. Juni:

33. Abt. 7 Uhr, Schulaula Hohenlohestr. 10. Mitgliederversammlung. Vorwärtsleser mitbringen. Thema: „Einheitsfront und Weltkongreß". Ref. Heinrich Bohlke, M. d. L.

86. Abt. Mariendorf. 8 Uhr, Zahlabend in den bekannten Bezirkslokalen.

Neukölln. 90. Abt. 12. Bezirk bei Jakob Braun, Weichselplatz 1; 15./16. Bezirk bei Prüfert, Fuldastr. 45; 17./24. Bezirk bei Sauer, Pannierstr. 54; 22. Bezirk bei Lindstädt, Berliner Str. 99; 23./30. Bezirk bei Poddielsky, Weichselstraße 2; 25. Bezirk bei Ziechmann, Weichselstr. 50; 35. Bezirk bei Schiffer, Donaustr. 118; 34/43. Bezirk bei Groß, Münchener Str. 54; 16./23. Bezirk Zahlabend am Donnerstag, den 15. Juni, 7½ Uhr, bei Janicke, Jansastr. 11.

96. Abt. Neukölln. 7 Uhr bei Zillmer, Nogatstr. 57. Abteilungsversammlung. Thema: „Der Sozialismus eine Kulturaufgabe". Ref. Gen. Erwin Marquardt. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. Zahlabend findet nicht statt. Kassiert wird in der Versammlung.

108. Abt. Cöpenick. 8 Uhr, in der Aula der Körnerschule, Lindenstr., Mitgliederversammlung. Ref. Robert Breuer, Thema: „Einheitsfront und Weltkongreß".

119. Abteilung. Lichtenberg. 7½ Uhr, im Gesangsaal des Cecilien-Lyzeums, Rathausstraße. Mitgliederversammlung. Thema: Die Arbeiterjugendbewegung.

125. Abt. Weißensee. 8 Uhr, Bezirksabende in folgenden Lokalen: 1. Bezirk Hardt, Lothringenstr. 35; 2. Bezirk Stärke, Charlottenburger Str. 3; 3. Bezirk Wietstruck, Langhansstr. 62; 4. Bezirk Gampe, Lichtenberger Str. 8.

133. Abt. Buchholz. 7½ Uhr, Zahlabend bei Kühne, Berliner Str. 39. Wichtige Tagesordnung.

140a Abt. Wittenau. 7½ Uhr, im Lokal Schulz, Hauptstr. Mitgliederversammlung. Sehr wichtige Tagesordnung. Die Vorstandsmitglieder erscheinen eine Stunde früher. Erscheinen unbedingt erforderlich.

Nowawes. 7½ Uhr im Thalia-Restaurant, Mitgliederversammlung. Wichtige Tagesordnung. (Ausschlußantrag gegen Prof. Dr. Lensch.) Vortrag des Gen. Bürgel.

Morgen, Donnerstag, den 15. Juni:

181. Gemeindeschule. 7 Uhr, Elternversammlung in der Schulaula **Putendorfstr.** Thema: „Schule und Religion". Ref. Dr. Ostrowski.

17. Abt. 7 Uhr, außerordentliche Funktionärversammlung, **zu der auch alle** aktiven Elternbeiräte erscheinen müssen, bei Wörpel, Samoastraße.

134. Abt. Buch. 8 Uhr, Zahlabend bei Bodung, Dorfstraße.

Jungsozialisten. Gruppe Britz. 7 Uhr, im Jugendheim Chausseestr. 48. **Thema:** „Praktische Heimarbeit und Aussprache".

Sozialdemokratischer Männerchor Prenzlauer Berg. Wegen der am Freitag, den 16. Juni stattfindenden Scheidemann-Versammlung fällt die Uebungsstunde aus. Die Sangesbrüder werden gebeten, am Freitag um 6 Uhr vollzählig in der Brauerei Friedrichshain zu erscheinen.

Die **Genossen des Kreises Friedrichshain,** 33. Abt. und Stralau, haben den Verlust des Genossen Hermann Montau zu beklagen, welcher im 51. Lebensjahre plötzlich verstorben ist. Montau war fast 3 Jahrzehnte Mitglied der sog. Mehrheitspartei. Sie werden sein Andenken in Ehren halten. Die Beerdigung hat bereits stattgefunden.

Jugendveranstaltungen.

Heute, Mittwoch, den 14. Juni:

Cöpenick. Jugendheim Ruhwald, Berliner Str. Diskussion: „Wie soll man wandern"? — **Friedrichsfelde.** Jugendheim Berliner Str. 44, Ecke Schloßstraße. Werbeversammlung. Einführungsabend. — **Friedrichshagen.** Jugendheim Scharnweberstr. 116. Mitgliederversammlung. — **Gesundbrunnen.** Jugendheim Gemeindeschule Gothenburger Str. 2. Vortrag: „Sport und Arbeiterjugend". — **Lichtenberg.** Jugendheim Parkaue 10. Einführungsabend mit besonderem Programm. — **Mahlsdorf.** Jugendheim Gemeindeschule Waldowstr. Einführungsabend mit besonderem Programm. — **Prenzlauer Vorstadt.** Jugendheim Gemeindeschule Danziger Str. 23. Vortrag: „Die Mädchen in unserer Organisation". Alle Eltern sind zu diesem Vortrag herzlichst eingeladen. — **Tempelhof.** Jugendheim Kinderhort, Germaniastr. 6/7. Leseabend: „Götz von Berlichingen". — **Westen.** Jugendheim Kantinenraum der Baugewerkschule Kurfürstenstr. 141. Vortrag: „Der Mensch der Vorzeit".

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Vereinigung für Schul- und Erziehungsfragen, Treptow. Am Donnerstag, den 15. Juni, abends 8 Uhr, spricht im Zeichensaal der 6. Treptower Gemeindeschule, Wildenbruchstr. 53, Herr Studienrat Dr. Muris über „Schülerwanderungen und Ferienspiel" in öffentlicher Versammlung.

Briefkasten der Redaktion.

Briefliche Auskunft wird nicht erteilt. — Jeder für den Briefkasten bestimmten Anfrage füge man einen Buchstaben und eine Nummer bei. Eilige Anfragen trage man in der Juristischen Sprechstunde, Lindenstr. 3, 1. Hof part. links, vor. Schriftstücke und Verträge sind mitzubringen.

„Streitende": Fragen Sie beim „Volksboten", Stettin, Schillerstr. 19, an. — **H. 46:** Von einer Berufung versprechen wir uns keinen Erfolg. — **H. W. 88:** Der Hauswirt kann nicht die sofortige Räumung der Wohnung verlangen, wohl aber steht ihm ein außerordentliches Kündigungsrecht zum nächsten gesetzlich zulässigen Termin zu, sofern im Mietsvertrag nichts anderes vereinbart ist. Zur Kündigung ist aber die Genehmigung des Mieteinigungsamtes erforderlich. Liegt diese nicht vor, so ist die Kündigung rechtsunwirksam. Wenden Sie sich an das Miets- bzw. Wohnungsamt. — **Str. 84:** Für den Schaden sind Sie nur dann verantwortlich, wenn Sie ihn verursacht haben, was Ihnen bewiesen werden muß. — **W. K. 122:** Ihre Mutter hat keinen Anspruch auf Altersrente.

Schön 36. Fahrpreise an den Kassenschaltern, das übrige an der Auskunftsstelle des Anhalter Bahnhofs. Grieben ist brauchbar, besser noch Meyer. — **Herbra.** 1. Nur die Abkömmlinge, d. h. also die Kinder. Unterhaltspflichtig ist nicht, wer bei Berücksichtigung seiner sonstigen Verpflichtungen außerstande ist, ohne Gefährdung seines standesmäßigen Unterhalts den Unterhalt zu gewähren. Gegenüber Schwiegersöhnen besteht kein Unterhaltsanspruch. 2. Bei Handlungsgehilfen: bis auf die Dauer von 6 Wochen. Bei den übrigen Arbeitnehmern hängt es von den Verhältnissen des Einzelfalles ab. 3. Nein. 4. Nicht bekannt. 5. Kann nur der Arzt beurteilen. 6. Wenden Sie sich an die Buchhandlung „Vorwärts", Berlin SW., Lindenstr. 3.

Wetter bis Donnerstag mittag. Zunächst ziemlich warm, überwiegend bewölkt, im Westen weitverbreitete, sonst mehr vereinzelte Gewitterregen. Später etwas kühler.

Wirtschaft

Die Großeinkaufs-Gesellschaft Deutscher Konsumvereine.

Die GEG. als die Einkaufs- und Produktionszentrale der deutschen Konsumvereine erreichte im Jahre 1921 einen Warenumsatz von 2407 Millionen Mark, gegen 1351 Millionen im Vorjahr; das ist ein Mehrumsatz von 1056 Millionen, gleich 78,1 Proz.

Der im Jahre 1921 erzielte Umsatz in den eigenen Produktionsbetrieben in der Höhe von 285 Millionen verteilt sich auf:

	1921	1920
	in Millionen	
Zigarrenfabriken (Hamburg, Hockenheim u. Frankenberg)	16,3	10,5
Kautabakfabrik Nordhausen	7,0	4,2
Zigarettenfabrik Stuttgart (1. 1. 21)	8,9	—
Rauchtabakfabrik Hamburg (15. 4. 21)	7,6	—
Seifenfabrik Düsseldorf	48,8	87,7
Seifenfabrik Gröba	80,2	71,9
Zündholzfabrik Lauenburg	5,8	7,8
Mostrichfabrik Gröba	1,7	1,0
Teigwarenfabrik Gröba	31,7	8,4
Kistenfabrik Gröba	6,0	4,6
Weberei und Konfektion Oppach	6,7	8,4
Zuckerwaren- u. Schokoladenfabrik Altona	7,9	5,6
Bürstenfabrik Schönheide	2,9	2,8
Holzindustrie Dortmund	5,3	3,7
Fischindustrie Altona (1. 8. 21)	2,7	—

Die Gesamtzahl aller in den GEG.-Betrieben Beschäftigten betrug am Jahresschluß 1921 3139 Personen (1920 2427). An Gehältern und Löhnen wurden 1921 40218978 M. verausgabt. Die Bankabteilung der GEG. verzeichnete an Umsätzen auf Girokonten 1921 8440 Millionen. Das Stammkapital der GEG. beträgt 50 Millionen Mark. Der GEG. als Gesellschafter angeschlossen sind 1027 Konsumvereine. Eigene Lager unterhält die GEG. in Hamburg, Erfurt, Gröba, Berlin, Breslau, Düsseldorf, Mannheim, Nürnberg, Ludwigsburg und Pillau. Der Vollendung entgegen geht der Neubau eines großen Zentrallagers in Chemnitz.

Für den Ausbau der genossenschaftlichen Eigenproduktion zum Wohle des organisierten Konsums ist die Errichtung weiterer großer moderner Eigenproduktionsbetriebe geplant. Um die erforderlichen Mittel für die Ausführung dieser großzügigen Projekte zu erlangen, wurde 1921 eine Obligationsanleihe der GEG., welche mit 5½ Proz. verzinst wird, aufgelegt. Zeichnungen werden von allen Konsumvereinen des Zentralverbandes auch heute noch entgegengenommen.

Werktätige Verbraucher, organisiert Euch konsumgenossenschaftlich!

Die Zuckerverteilung.

Ueber die Verteilung der vom 1. Juli ab noch zur Verfügung stehenden inländischen Zuckermenge fand auf Anregung der Zuckerwirtschaftsstelle des Vereins der Deutschen Zuckerindustrie gestern nachmittag in Berlin eine erneute Beratung der Interessenten statt, nachdem eine bereits vor Pfingsten gepflogene Beratung ergebnislos geblieben war. Vertreten war der Verein Deutscher Zuckergroßhändler-Magdeburg, die Großeinkaufsgesellschaft Deutscher Konsumvereine-Hamburg, die Großeinkaufszentrale Deutscher Konsumvereine-Düsseldorf, der Verband Deutscher Großhändler der Nahrungsmittel- und verwandten Branchen, die Edeka-Zentrale, der Reichsverband Deutscher Kolonialwaren- und Lebensmittelhändler, die Vereinigung Deutscher Zuckerwaren- und Schokoladenfabrikanten, die Vereinigung der Kunsthonigfabrikanten, der Reichsverband des Deutschen Handwerks, die Reichszentrale Deutscher Bäckereigenossenschaften, der Keksverband, die Kakaowirtschaftsstelle. Es handelt sich darum, einen Schlüssel zu finden, wie die vom 1. Juli an

noch zur Verfügung stehende Menge von 2 Millionen Doppelzentnern inländischen Zuckers

unter die einzelnen Organisationen zu verteilen sind. Da die Zwangswirtschaft nicht mehr besteht, kann es sich nur um eine freiwillige Vereinbarung handeln. Vor allem soll der Bedarf des deutschen Volkes an Mundzucker sichergestellt werden. Die größten Schwierigkeiten ergaben sich daraus, daß die Vertreter der zuckerverarbeitenden Industrien (Bonbon-, Schokoladen-, Kunsthonig- und Marmeladefabrikanten) nicht auf einen Anteil an der noch zur Verfügung stehenden Menge verzichten wollten, obwohl ihnen im Laufe der Debatte wiederholt vorgehalten wurde, daß diese Industrien ja in der Hauptsache ausländischen Zucker verarbeiten könnten, ohne daß dadurch der Preis ihrer Fabrikate wesentlich steigen würde, denn die Preisentwicklung für inländischen Zucker gehe immer weiter auf eine Gleichstellung mit dem ausländischen Zucker hinaus. Die Vertreter der Industrien wichen auch dann nicht von ihrer Forderung ab, als die anderen Interessentengruppen eine Konzession zugunsten der Marmeladen- und Kunsthonigfabrikanten zu machen bereit waren. Schließlich gaben die einzelnen Gruppen folgende Erklärung ab: Die Industrien beanspruchten eine Beteiligung von 15 Proz. als das allermindeste unter Ausscheidung der Schokoladenindustrie. Der Großhandel schlug vor, das Quantum für die Industrie aus der Diskussion auszuscheiden, da eine Einigung anscheinend nicht zu erzielen sei und das als Mundzucker zur Verfügung stehende Quantum derart zu verteilen, daß auf den Großhandel 75 Proz. und 25 Proz. auf die Konsumvereine und die Edeka entfielen. Die Verteilung der 25 Proz. im einzelnen sollten Konsumvereine und Kleinhandel unter sich ausmachen. Der Vertreter der an Hamburg angeschlossenen Konsumvereine erklärte, daß sich sein Verband unter 20 Proz. keineswegs zufrieden geben könne. Denselben Prozentsatz beanspruchten die Vertreter des Kleinhandels. Der Vertreter der Bäckereigenossenschaften verlangte mindestens 3 Proz., also 60 000 Doppelzentner. — Als zweckmäßig wurde nunmehr empfohlen, daß sich Vertreter der Industrie, des Großhandels, der Konsumvereine und des Einzelhandels gemeinsam mit der Zuckerwirtschaftsstelle ins Benehmen setzten, um feststellen zu können, ob es möglich sein werde, auf der Basis der jetzigen Erklärungen eine einheitliche Vereinbarung herbeizuführen.

Verhandlungen der deutschen mit der englischen Farbstoffgesellschaft. Im englischen Unterhause hat der Präsident des Handelsamtes bestätigt, daß zwischen den großen englischen Farbvereinigungen und den großen deutschen Farbgesellschaften gegenwärtig Unterhandlungen geführt werden, die aber erst den Charakter von Vorbesprechungen haben und bis jetzt noch zu keinem Abschluß geführt hätten. Die englische Regierung werde sich deshalb in diese Fragen noch nicht einmischen und solange warten, bis wirklich ein Abschluß zustande gekommen sei.

Edelmetallpreise. Die Metall- und Rohstoffgesellschaft meldet die folgenden Marktpreise:

Platin 690 bis 710 Mark,
Silber 5,80 bis 5,95 Mark,
Gold 181 bis 191 Mark.

Alles für das Gramm.

Messe in Budapest. In Budapest wird vom 17. bis 26. Juni eine Warenmustermesse stattfinden. Dieser Mustermesse kommt eine erhöhte Bedeutung zu, weil sie seit dem Zusammenbruch der österreichisch-ungarischen Monarchie die erste, alle Industriezweige umfassende Veranstaltung der ungarischen Handelswelt sein wird.

Die Neugliederung des Reiches.

Der Reichstag ist am gestrigen Dienstag wieder zusammengetreten. Der Platz des Abg. Scheidemann ist mit einem Blumenstrauß geschmückt, den die Fraktion ihm anläßlich des Attentats gestiftet hat.

Kleine Anfragen.

Auf eine Anfrage des Abg. **Ziegler-Westfalen** (Dem.) über die Befreiung von Banken von der Verpflichtung zur Aufnahme von Betriebsratsvertretern in den Aufsichtsrat erwidert ein Regierungsvertreter, daß die Entscheidung der Regierung über die Anträge der Banken in nächster Zeit zu erwarten ist. Eine Anfrage des Abg. Dr. **Kahl** (D. Vp.) wegen Vergewaltigung einer Dame aus Bingen auf dem Rochusberge wird dahin beantwortet, daß die Besatzungsbehörde nach dem Täter sofort Ermittlungen angestellt hat, bisher jedoch ohne Erfolg. Die Angelegenheit wird nachdrücklichst weiter verfolgt.

Abg. **Krüger** (Soz.) fragt, ob die Regierung die seit 3½ Jahren rückständigen

Steuern des Hauses Hohenzollern

nicht schnellstens einziehen will. — Ein Regierungsvertreter antwortet, die ordnungsmäßige Veranlagung habe wegen der Beschlagnahme des Hohenzollernvermögens noch nicht stattfinden können. Die im Wege der vorläufigen Veranlagung festgestellten Steuern seien von den Angehörigen des Hauses Hohenzollern eingezogen und bezahlt worden.

Interpellationen der Unabhängigen über die Reparationsverhandlungen und des Zentrums über die Eisenbahnzerstörung im besetzten Rheinland sollen nach einer Regierungserklärung in der geschäftsordnungsmäßigen Frist beantwortet werden.

Es folgt die erste Beratung des Ausführungsgesetzes zum Artikel 18 der Reichsverfassung über die Gliederung des Reiches, das der Bevölkerung das Recht gibt, sich nach ihrem Willen neu zu Ländern zusammenzuschließen.

Abg. Dr. Gradnauer (Soz.):

Wir wollen heute die großen Probleme der Gliederung des Reichs und der Länder nicht erörtern. Die Vorlage hat wesentlich technischen Charakter und ist wegen der bevorstehenden Abstimmung der uns verbleibenden oberschlesischen Gebietsteile eilig. Die Zentralstelle für die Gliederung des Reichs wird demnächst ein Gutachten über diese Fragen fertigstellen und dann werden diese Fragen erörtert werden können. Es gereicht uns zur Genugtuung, daß durch dieses Ausführungsgesetz ein überaus wichtiges Volksrecht verwirklicht wird. Irgendeine Neugestaltung der Länder aus Stammesbedürfnissen wird dadurch ermöglicht. Z. B. müssen die Verhandlungen zwischen Preußen und Hamburg zu einer Lösung gebracht werden. Die Einteilung der Länder ist das größte innerpolitische Problem, aber zur Lösung müssen ruhige Zeiten abgewartet werden. Die Gründe für die in der Verfassung vorgesehene Sperrfrist von zwei Jahren für Aenderungen bestehen auch heute noch, daher begrüße ich, daß die Fraktionen des Reichstages vereinbart haben, jedenfalls noch für ein weiteres Jahr Absplitterungsbestrebungen in großem Umfange nicht einzuleiten. Auch im Rheinland soll während der Besetzung eine Volksabstimmung nicht stattfinden. (Sehr richtig!) Wir wünschen nur, daß die Abstimmung des oberschlesischen Volkes Deutschland zum Segen gereichen möge. Die Vorlage enthält nicht nur Vorschriften über das Abstimmungsverfahren, sondern auch einen materiell-rechtlichen Ausbau des Artikels 18. Im Ausschuß muß sorgfältig geprüft werden, ob der Reichstag nicht besser tut, sich auf die Vorschriften über das Abstimmungsverfahren zu beschränken. Eine sehr umstrittene Frage ist, ob auch die Initiative der Reichsregierung oder nur die Volksinitiative zugelassen werden soll. Ferner ist sorgfältig zu prüfen, ob die Bestimmung des § 18 der Vorlage genehmigt werden kann, nach der eine Volksabstimmung über eine Gebietsänderung, die erfolglos gewesen ist, erst nach zehn Jahren neu verlangt werden kann. Die Reichsregierung hatte fünf Jahre vorgeschlagen, der Reichsrat zehn Jahre, und die Regierung hat sich ihm angeschlossen. Es ist zweifelhaft, ob diese Bestimmung mit einer strengen Auffassung des Artikels 18 vereinbar ist. Eine derart lange Frist könnte eine Beschränkung des Abstimmungsrechts bedeuten. Ich beantrage Ueberweisung an den Ausschuß.

Abg. Dr. **Düring** (Dnat.) äußert Bedenken gegen das Initiativrecht der Regierung, von sich aus Neugliederungen der Länder vorzuschlagen; diese Bestimmung könne eine Gefahr für den notwendigen Fortbestand Preußens werden. Der Redner beantragt einen besonderen Ausschuß von 28 Mitgliedern.

Abg. Dr. **Lauscher** (Z.) begrüßt die Vorlage. Unter allen Umständen müsse dem Verdacht vorgebeugt werden, als solle die Freiheit der Volksabstimmung irgendwie beeinträchtigt werden. Darum dürfe sich das öffentliche Eintragungsverfahren nur auf die Frage beschränken, ob eine Volksabstimmung opportun ist oder nicht. Die sachliche Stellungnahme dürfe durch die Eintragung nicht vorweg festgelegt werden.

Abg. Dr. **Levi** (U. Soz.) sieht in der Vorlage ein brauchbares Mittel, die Reste der von den alten Monarchien herbeigeführten

unnatürlichen Zersplitterung der Länder

zu beseitigen. Das Gesetz lege der Regierung und dem Parlament die Verpflichtung auf, eine Politik zu treiben, die den arbeitenden Massen die Zugehörigkeit zu einem einheitlichen Deutschland als eine Notwendigkeit erscheinen läßt.

Abg. **Koch-Weser** (Dem.): Wir stimmen der Vorlage zu. Die Länder sind nicht Selbstzweck, sondern das Interesse des Reichs muß allem vorangehen. Darum sind wir auch im Gegensatz zum Reichsrat für das Initiativrecht der Regierung. Für die Neugliederung scheinen uns freilich die Grenzbezirke zunächst am wenigsten geeignet.

Abg. **Bayerle** (Bayer. Vp.) stimmte der Vorlage zu, ebenso Graf **Bernstorff** (D.-Hann.). Abg. **v. Kardorff** (D. Vp.) hält Vorkehrungen für nötig, die die Zerschlagung Deutschlands verhindern. — **Die Vorlage wird dem Rechtsausschuß überwiesen.** Zum

Scheidemann spricht!

Mitgliederversammlung der SPD. Groß-Berlin

Freitag, den 16. Juni, abends 7 Uhr
Brauerei Friedrichshain, am Königstor

Thema: „Der Feind steht rechts!"

Reichsjugendwohlfahrtsgesetz,

das nun zur zweiten Beratung kommt, beantragt der Ausschuß im § 1 die Fassung: „Jedes deutsche Kind hat ein Recht auf Erziehung zur leiblichen, seelischen und gesellschaftlichen Tätigkeit." Wo dieser Anspruch durch die Familie nicht erfüllt wird, soll unbeschadet der Mitarbeit freiwilliger Tätigkeit öffentliche Jugendhilfe eintreten.

Abg. Frau Juchacz (Soz.):

Die neuen sozialen Kräfte, die zum Leben erwacht sind, drängen nach Beschäftigung. Die ganze Mitarbeit an der Jugendwohlfahrt muß auf demokratische Grundlage gestellt werden. Unsere Volksgenossen, die Selbstvertrauen und Selbstgefühl in der Arbeit für sich selbst gewonnen haben, melden sich mit Recht zu dieser Arbeit. Dazu sind aber alle Kreise des Volkes berufen. Wir wollen keine Ausnahme für die unehelichen Kinder, auch diese müssen volles Anrecht auf Erziehung und Wohlfahrt haben. Das Jugendamt muß das öffentliche Gewissen in seiner Aufsicht über die Jugendpflege sein. Hoffentlich werden sich die Jugendämter als Vormundschaftsämter bald Vertrauen erwerben. Auch der Mutterschutz muß eine der vornehmsten Aufgaben der Jugendämter sein, damit die Säuglingssterblichkeit eingedämmt wird. Wann gedenkt das Reichsarbeitsministerium zu einer Reform der Armengesetzgebung und einer Revision des Kinderschutzgesetzes zu kommen? Hoffentlich gelingt es, durch die gewissenhafte Betreuung der Jugendlichen die Notwendigkeit der Fürsorgeerziehung auf ein geringeres Maß zurückzuschrauben.

Abg. **Hensel** (Dnat.) verlangt das Recht auf Familienerziehung und die Sicherstellung der konfessionellen Jugenderziehung. Er bezweifelt, daß die zur Verfügung gestellten 100 Millionen Mark zur Durchführung des Gesetzes ausreichen. Ohne größere Reichshilfe könnten die Gemeinden die ihnen durch das Gesetz gestellten Aufgaben nicht erfüllen.

Abg. **Leutheuser** (D. Vp.) **erkennt das Gesetz als notwendig an. Seine Fraktion halte die Familie für die beste Grundlage der Jugenderziehung.**

Däumig erkrankt.

Während dieser Rede sinkt der Abg. Däumig (U. Soz.) unter lautem Stöhnen zu Boden. Vizepräsident Dr. Rießer unterbricht die Sitzung auf eine Viertelstunde; Abg. Dr. Moses (U. Soz.) bemüht sich um den Verunglückten, der dann von mehreren Abgeordneten und Dienern aus dem Saal getragen wird.

Nach einer Viertelstunde eröffnet Präsident **Löbe** die Sitzung wieder mit dem Wunsche, daß der schwere Anfall, den der schon seit längerer Zeit kranke Abg. Däumig als Opfer seines übertriebenen Pflichteifers erlitten habe, keine schlimmeren Folgen haben möge. — Das Haus vertagt wegen des Zwischenfalls die Weiterberatung auf Mittwoch 2 Uhr.

Aufnahme der Landtagsarbeiten

Im Landtag, der am gestrigen Dienstag seine Tätigkeit wieder begann, verlas Präsident Leinert einen gemeinsamen Protest der Parteien gegen die gewaltsame Abtrennung Oberschlesiens. Unter lärmenden Zwischenrufen der Kommunisten, die durch lebhafte Rufe des Unwillens und Beifallskundgebungen übertönt wurden, bezeichnete der Präsident die Entscheidung der Botschafterkonferenz als gegen Vernunft und Recht verstoßend. Der Landtag wisse den scheidenden Oberschlesiern Dank für ihre Treue zum Deutschtum. Auch den Oberschlesiern rufe der Landtag zu: In Not getrennt, aber in Treue vereint! (Großer Beifall bei der Mehrheit, Lärm und Pfeifen bei den Komm.)

Abg. **Katz** (Komm.) protestiert gegen diese Erklärung; der Aeltestenrat habe illoyalerweise Anträge der Unabhängigen und Kommunisten unbeachtet gelassen.

Abg. **Scholem** (Komm.) bringt einen Antrag ein, der sich mit den Vorgängen in Königsberg beschäftigt. Aus Anlaß der Anwesenheit Hindenburgs sei es dort zu einem monarchistischen Rummel gekommen. (Großer Lärm rechts.) Bewaffnete Macht habe unbewaffnete Arbeiter überfallen. Das Staatsministerium müsse ungesäumt die Behörden anweisen, sich von monarchistischen oder antirepublikanischen Kundgebungen fernzuhalten und die verantwortlichen Personen zur Rechenschaft ziehen. Blut sei geflossen, die Reaktion sei in ihre Schranken zurückzuweisen.

Abg. **Rabold** (U. Soz.) beantragt, diesen Antrag heute noch zur Beratung zu stellen. In Hamburg sei eine Gewerkschaftsveranstaltung von Reichswehr gesprengt worden.

Abg. **Heilmann** (Soz.): Im Aeltestenrat haben die Antragsteller dem Plane widersprochen, den Antrag morgen in Verbindung mit dem Etat des Innern zu beraten. Sie selber haben also schuld an der Verzögerung.

Ein Schlußantrag **wird gegen die Stimmen der U. Soz. und Komm. angenommen und die sofortige Beratung des Antrages abgelehnt.**

Darauf folgt die zweite Lesung des Haushalts der Preußischen Zentralgenossenschaftskasse in Verbindung mit dem Entwurf eines Abänderungsgesetzes betr. Errichtung einer Zentralanstalt zur Förderung des genossenschaftlichen Personalkredits, die Einlage des Staates bei der Zentralgenossenschaftskasse soll von 125 Millionen auf 500 Millionen Mark erhöht werden.

Abg. **Meyer-Berlin** (U. Soz.) klagt darüber, daß der Präsident der Zentralgenossenschaftskasse entgegen seiner Zusage bei seinem Amtsantritt mit den Beamten der Kasse nicht über deren Wünsche verhandelte. Bei Ausbruch der Revolution sei gutangeschriebenen Beamten ein Teil des Gehalts in Silber ausgezahlt worden. Den Beamten müsse Einblick in die Personalakten gegeben werden.

Der Präsident der Kasse erklärt, daß er sich den Beamten gegenüber durchaus wohlwollend und pflichtgemäß verhalte. Bei Ausbruch der Revolution sei er noch nicht im Amte gewesen. Der Einblick in die Personalakten werde den betreffenden Beamten selbstverständlich gewährt, nicht aber anderen.

Abg. **Wiglow** (Dem.): Jetzt, nachdem **das Kapitalfluchtgesetz** lange genug in Kraft ist, sollte **die Hinterlegungspflicht der Wertpapiere** aufgehoben werden, um den Kleinrentnern nicht unnütz Kosten zu machen.

Finanzminister **Dr. v. Richter**: Hätte Abg. Meyer seine Vorwürfe im Hauptausschuß schon erhoben, so wäre inzwischen eine Klärung schon möglich gewesen. Wir werden den Dingen nachgehen. Mit der Zurückverweisung würde nur eine Verzögerung der Etatsverabschiedung erreicht werden. Bei der dritten Lesung werden wir die gewünschte Auskunft geben können.

Der Antrag auf Zurückverweisung wird abgelehnt, **das Gesetz** auf Kapitalserhöhung angenommen, der Etat bewilligt.

Beim Haushalt der Oberrechnungskammer **fordert** Abg. **Kleinmeyer** (Soz.) baldige Vorlegung eines Entwurfs zur Reorganisation der gesamten preußischen Verwaltung. An die Stelle der Oberrechnungskammer sollte eine Kontrollkommission treten, die nicht nur buchtechnisch die Kassenprüfungen im Lande vornimmt, sondern auch reformerisch auftreten kann. — Abg. **Schmedding** (Z.): Eine im Lande herumreisende Kontrollkommission würde nicht im geringsten imstande sein, die Oberrechnungskammer zu ersetzen. — Finanzminister Dr. **v. Richter**: So subaltern darf die Tätigkeit der Oberrechnungskammer doch nicht eingeschätzt werden wie vom Abg. Kleinmeyer. Von den großen staatsrechtlichen Aufgaben der Oberrechnungskammer hat er keinen Schimmer. Sie ist eine unabhängige richterliche Behörde. An ihre Stelle eine von den Landtagsmehrheiten abhängige Verwaltungsbehörde zu setzen, wäre der allergrößte Fehler.

Ein Antrag der Koalitionsparteien auf Annahme eines Gesetzentwurfes über die Regelung des Körungs- und Pferderennwettwesens wird u. a. vom Abg. **Peters-Usedom** (Soz.) empfohlen und darauf angenommen.

Die Abgg. **Scholem** und **Katz** (Komm.) beantragen den Antrag betr. die Königsberger Vorgänge auf die morgige Tagesordnung zu setzen (abgelehnt).

Mittwoch 12 Uhr: Etat des Innern. — Schluß 7 Uhr.

Theater, Lichtspiele usw.

Opernhaus Violetta 7½ Uhr

Schauspielhaus Der Kronprinz 7½ Uhr

Deutsch. Theat. 7½: Potasch und Perlmutter Donn. 7½: Potasch u. Perlmutter

Kammerspiele 8¼: Vatermord Donn. 8¼: Vatermord

Gr. Schauspielh. (Karlstraße) 7½: Die versunkene Glocke Donn. 7½: Die versunkene Glocke

„Die wunderlichen Geschichten des Kapellmeisters Kreisler" im Th. i. d. Königgrätzer Str. tägl. 8 Uhr

Komödienhaus 8 U.: „Gretchen" Gläßner, Roberts.

Berliner Th. 7.30: Madame Flirt

Theater des Ostens (Rose-Theater) Auf d. Gartenb. 3 U.:

Central-Theater 8 U.: Mädels v. Davos

Deutsch Opernhaus 7½ U.: Tosca

Intimes Theater 8: Die Peitsche und? — Lauf doch nicht immer nackt herum

Lustspielhaus 8 Uhr: Der Werwolf

Metropol-Theater 7½ Uhr: Bajadere

Neues Operett.-Th. Gastspiel der Rotter-Bühnen 8: Casanovas Sohn

Neues Th. am Zoo 8 Uhr: Scampolo

Neues Volkstheater 7½ U.: Heuchler

Schiller-Th. Charl. 3,15: Wilhelm Tell 8 U.: Charleys Tante

Thalia-Theater 7½: Die Herren von und zu . . .

Th. a. Nollendorfpl. 7½ U.: Verliebte Leute

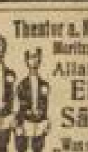
Theater d. Westens 7½ U.: Bis früh um fünfe

Wallner-Theater 7½ U.: Die beiden Nachtigallen

Walhalla-Theater 8 Uhr: Das Gasthaus zur Liebe

Volksbühne Theater a. Bülowpl. 7½: Masse Mensch

Residenz-Th. Täglich 8 Uhr: Eine Frau ohne Bedeutung Arnold Korff Adele Sandrock



Theater a. Kottb. Tor Moritzpl. 16 077 Allabdl. 7½ Elite-Sänger „Was sich d. Wald erzählt" — und „Der Stapfer"

Lessing-Th. Sommerspielzeit: Heute 8 Uhr: Fuchsjagd Ab Donnerstag allabendl. 7½ Uhr: Ballerina d. Königs

Deut. Künstler-Th. Sommerspielzeit Allabendl. 8: „Die erste Nacht"

SCALA Tägl. 8 Uhr Internat. Varieté

Komische Oper 7¾ Der Meister vom Montmartre Offenbachs Liebeslieb.

Reichshallen-Th. Allabendl. 7½ Uhr: Stettiner Sänger

Dönhoff-Brettl Anf. 7½ U.

Trianon-Th. Täglich ½8 Uhr: Moral Burg, Limburg, Jankermann, Schroth

Berliner Prater-Theater Kastanienallee 7-9. Täglich: Die Prinzessin v. Nil Operette in 3 Akten sowie Spezialitäten Beginn 5 Uhr.

Rennen zu Strausberg Mittwoch, 14. Juni, nachm. 3 Uhr.

Wintergarten Varieté-Spielplan Rauchen gestattet!

Knabe oder Mädchen nach Wunsch best. möglich. n. Prof. Robert. Lichtbildervortrag: Arminiushallen, BremerStr. 73, heute abends 8 Uhr. Sieh. Plakat. Pharus-Säle, Müllerstr. 142, Freitag, den 16. Juni, abends 8 Uhr. [32/10

Dr. Thompson's Seifenpulver

gibt blendend weiße Wäsche

DR THOMPSON'S SCHUTZ-MARKE SEIFENPULVER

Achten Sie beim Einkauf auf die Schutzmarke Schwan!

Kriegsanleihe wird zu 84% nur gegen Legitimation in Zahlung genommen.

Größte Eile geboten! Preise steigen!

Wo?

Pelzmäntel mit farbigen Pelzbesätzen **7600.–**
Graue Pelzjacken auf Blumenseide **8500.–**
Seal-Elektric-Mäntel 13 750.– 16 500.–

Sealplüschmäntel sehr sehr billig.

Ulster grau marengo	165.– soweit Vorrat	Impr. Seidenmäntel	750.– nur soweit Vorrat
Covercoatmäntel mit Stepperei	525.–	Fantasie-Ulster	1250.–
Herren-Gummimäntel	1350.–	Damen-Gummimäntel	675.– 990.–
Reinwollene Jumper	195.–	Kunstseidene Jumper	435.– 790.–
Reinwollene Strickjacken	725.–	Elegante Röcke	525.–
Waschkleider	785.–	Reinwollene Trikotkleider	885.–
Ia Tuchmäntel	1359.–	Kammgarn-Kostüme	975.–

Bei

Westmann

1. Geschäft: Berlin W 8, Mohrenstraße 37a

2. Geschäft: Berlin NO 18, Gr. Frankfurter Str. 115

Aerztl. geleit., mod. einger. Heilanst. f. ambul. Behdlg.

Modern., erprobtes Heilverfahren: Naturheilverfahr., Elektro- u. Licht-Heilmethode, die wissenschaftl. anerkannte und glänzend bewährte

„Künstl.-Höhensonnen"-Behandlung

Röntgen-Behandlg. u. -Untersuch., Wasserheilverf., Pflanz.- u. Kräuterkuren u. -Bäder, Sauerstoffkuren, homöop. u. mechanotherap. Behdlg.

Nicht mit der Höhensonnenbestrahlung allein

wie sie jetzt allerorts angepriesen und ausgeübt wird, werden unsere Heilerfolge erzielt, sondern gerade durch

unsere kombinierte Behandlung,

die Verbindung verschiedener Arten der elektrophysikalischen und Lichtbehandlung, die seit langen Jahren erprobt und bewährt ist.

Nachweisbar gute u. dauernde Heilerfolge bei sämtlichen Krankheiten, inneren u. äußeren, **speziell chronischen, z. B. Lungen-, Hals-, Herz-, Magen-, Darm-, Leberleiden; Nervenschwäche, nervösen Kopfschmerzen, allgem. Nervosität, allgem. nervöser Abspannung, Ischias, Gicht, Rheumatismus; sämtlichen Ausschlägen, Flechten, Wunden; Lähmungen sowie Kinderlähm.; Stoffwechselkrankheit, Zuckerkrankh.** usw. — **Freiw., briefl. u. mündl. Anerkenn. früher behand. u. geheilter Patienten,** die angaben, vor der Behandl. in unserer Anstalt **anderweitig ohne Erfolg** behandelt worden zu sein: 1. Frau **H. Hagel, Sachsenhausen** b. Oranienburg i. M. **Unterl.-Blutungen und Nervenleiden geheilt.** — 2. Frau Wm. **Fritschler,** Berl., Marienburger Str. 48. **Darmgeschwulst geheilt.** — 3. Frau des Herrn Inspektor **O. Heinrich, Berlin-Friedrichsfelde, Magerviehhof.** Von **Geb.-Knickung geh.** — 4. Herr **Erich Bock,** Berlin, Birkenstr. 43. Von **Nieren- u. Blasenleiden, Wassersucht, allgem. großer Schwäche geheilt.** — 5. Frau **Birkner,** Tegel, Schlieperstraße 17. Von **Basedowscher Krankheit geheilt.** — 6. **A. Brose, Berlin-Mariendorf,** Streitstr. 8. **Schweres Rückenmarkleiden mit Lähmung der Beine vollständig geheilt.** — 7. Frau **E. Popp, Berl.-Lichtenberg,** Gärtnerstraße 10. — Von **chronisch. Leiden, Herzschwäche u. Verstopfung geh.** — 8. Herr **A. Schlabitz,** Berl., Caprivistraße 24. Von **Gesichtslupus geh.;** vorher m. Radium erfolglos beh. — 9. Herr **A. Hellwig, Berlin-Borsigwalde,** Ernststraße 25. Von **Magengeschwulst, Verstopfung u. Nervenschwäche geheilt.** — 10. Herr Milchhändler **Eckert,** Berlin, Greifenhagener Straße 26. Von **gichtisch-rheumatischen Schmerzen** in Bein und Fußgelenk **geheilt.** — 11. Herr Gastwirt **C. Michaelis, Charlottenburg,** Wallstr. 67. Von **chronischem Leberleiden u. Gelbsucht geheilt.** — 12. Frau **M. Knorr, Berlin-Lichtenberg,** Scharnweberstraße 62. Von **Herzschwäche, Leberanschwellung und Magenkrebs geheilt.**

Briefl. Original-Anerkenng. von uns geheilter Patienten stehen im Wartezimmer der Anstalt auf Wunsch zur Einsicht! ● Getrennte Behandlungsräume für Damen u. Herren! ● Sprech- u. Behandlungszeit: 9—1, 4—7½. — Sonntag u. Feiertag 9—1.

Heilanstaltsbesitzer

Prof. Dr. med. Mistelsky, Arzt

im Auslande ernannt, diplomiert u. approbiert

Berlin SO 16, Brückenstr. 10b am Bahnhof Jannowitzbrücke

30jährige Praxis

Deutscher Metallarbeiterverband, Verw. Berlin

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Schleifer

Konrad Fuchs Neukölln, Rogatstr. 56,

am 9. Juni gestorben ist.

Die Einäscherung findet am Mittwoch, den 14. Juni, nachm. 2 Uhr, im Krematorium Baumschulenweg, Kiefholzstraße, statt.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Fahrstuhlführer

Georg Oelschläger

Neukölln, Steinmetzstr. 100, am 9. Juni gestorben ist.

Die Einäscherung findet am Mittwoch, den 14. Juni, nachm. 1½ Uhr, im Krematorium Baumschulenweg, Kiefholzstraße, statt.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Mechaniker

Herm. Büttner

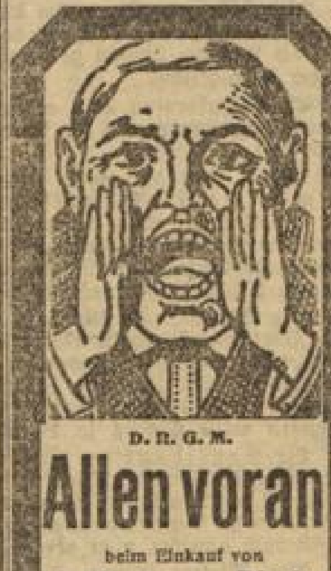
O. 17, Rüdersdorfer Str. 56, am 10. Juni gestorben ist.

Die Einäscherung findet am Freitag, den 16. Juni, nachm. 3 Uhr, im Krematorium Baumschulenweg, Kiefholzstraße, statt. 120/7

Ehre ihrem Andenken!

Rege Beteiligung erwartet

Die Ortsverwaltung.



D. R. G. M.

Allen voran

beim Einkauf von

Brillanten ◆ Platin

Gold- u. Silber-Bruch

Uhren, Zahngebissen, Ketten, Münzen

die renommierte Firma

Juwelier H. Wiese

Artilleriestraße 30

5 Min. v. Bahnhof Friedrichstr.

u. Passauer Str. 12

(Ecke Augsburger Straße)

1 Min. v. Wittenbergpl.—Bhf. Zoo unmittelbar Nähe Kadewe handelsger. eingetr. Firma

Telephon Norden 1930. Steinplatz 11803.

Eigene Schmelze

Union-Klub, Berlin

Annahme für Vorwetten

für Rennen in Berlin und im Reiche

in der Zentrale Schadowstr. 8 und sämtl. Filialen Groß-Berlin

Annahmeschluß: F. Berliner Rennen 2 Std. vor Beginn des 1. Rennens. Für ausw. Rennpl. abds. vor d. Renntag.

Postsendungen und Anträge auf Errichtung von Konten werden

nur Schadowstr. 8

angenommen.

Wettbedingungen sind i. d. Wettannahmestellen erhältlich

Neue Bücher über Schule und Erziehung

Konrad Haenisch: **Neue Bahnen der Kulturpolitik** Preis: 25 Mk.

Joh. Hoffmann: **Schule und Lehrer in der Reichsverfassung** Ein Kommentar Preis: br. 12 Mk. geb. 18 Mk.

Fritz Karsen: **Die Schule der werdenden Gesellschaft** Preis: 18 Mk.

Buchhandlung VORWÄRTS Berlin SW 68 Lindenstr. 3

Pelz Haus **asuco**

Leipziger Str. **58**

Zahlungserleichterung

Zinn Gold-, Silber-Bruch

Quecksilber

Blei, Kupfer, Platin usw.

kauft z. Engrospreise Scharnow, Lange Str. 35 am Schlesischen Bahnhof Lange Straße 90, Laden.

---

10 000 Mk.

f. Vorwärtsstreb. und

Erfinder

Ausf. Anreg., g. Verdienstm. dirk. Bosch. **Ein neuer Geist** grat. d. F. Erdmann & Co. Berlin, Königgrätzer Str. 71.

Inserate im Vorwärts sichern Erfolg!

„Lomos" mit seinem siegreichen DKW Motor

der im Avus-Rennen am 10. Juni 1922 den

I., II., III., IV. u. VI. Preis gegen 55 Konkurrenten **gewann**

Die D. A. Z. schreibt: Die „Lomos"-Räder mit ihrem bequemen Klubsessel-Sitz fielen durch Schnelligkeit und gutes Durchhalten auf.

„Lomos" nimmt mit Leichtigkeit alle Bergstraßen

„Lomos" kann jeder Radfahrer und Radfahrerin ohne Mühe fahren

„Lomos" leistet mit seinem siegreichen D K W 2½ PS-Motor Außergewöhnliches

„Lomos" ist billig in Anschaffung und Betrieb

„Lomos" ist sofort lieferbar.

EICHLER & CO Berlin SW 68 Kochstraße 32.

KLEINE ANZEIGEN

Jedes Wort 3.00 M. Das fettgedruckte Wort 6.00 M. (zulässig zwei fettgedruckte Worte). Stellengesuche und Schlafstellenanzeigen das erste Wort (fettgedruckt) 2.50 M., jedes weitere Wort 2.20 M. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen für zwei Worte.

Anzeigen die für die nächste Nummer bestimmt sind, müssen bis 4½ Uhr nachmittags in der Hauptexpedition des Vorwärts, Berlin SW 68, Lindenstr. 3, abgegeben werden. Dieselbe ist wochentags von morgens 8 Uhr bis nachmittags 5 Uhr ununterbrochen geöffnet.

Verkäufe

Kreuzfüchse, Alaskafüchse, sämtliche Pelzarten, spottbillige Sommerpreise. Keine Lombardware. Leihhaus Rosenthalertor, Linienstraße 203/4, Ecke Rosenthalerstraße.

Monatsanzüge, Sommerpaletots zu staunend billigen Preisen. Naß, Garmanstr. 25/26, früher Mulackstraße.

Staunenerregend! Wunderbare Neuheiten in Kreuz-, Alaska-, Zobel- und Silberfüchsen! Riesenauswahl aller Pelzarten zu fabelhaft billigen Sommerpreisen! Keine Versatzwaren, Spezial-Pelzverkauf im Leihhaus! Warschauerstraße 1.

Sibirischer Kreuzfuchs, selten schön, 375, prachtvoller Silberfuchs 750, außerdem Silberwolf, Blaufuchs, Zobelfuchs billig verkäuflich. Goldmann, Alexandrinenstr. 44 II, Ecke Kommandantenstr.

Leihhaus Friedrichstraße 2 (Hallesches Tor) verkauft spottbillig Anzüge, Schlüpfer, Paletots. Pelzwaren-Gelegenheitskäufe: Sportpelze, Gehpelze, Katzenjacken, Füchse aller Art. Keine Lombardware.

Nirgends besser kaufen Sie erstklassige Herrenmoden, wie Anzüge, Paletots, Schlüpfer, Cutaways, Covercoats, Streifhosen usw. in unübertrefflicher Auswahl und Schönheit zu konkurrenzlos billigen Preisen. Sämtliche Waren sind Ersatz für Maßverarbeitung. Fahrgeld-Vergütung. Keine Lombardware. Leihhaus Brunnenstraße 5, direkt Rosenthalertor.

Leihhaus Spiegel, Chausseestraße 7, verkauft spottbillig erstklassige Anzüge, Schlüpfer, Katzenjacken, Sportpelze, Gehpelze, Füchse aller Art. Keine Lombardware.

Anzüge, Sommerpaletots, Sommerschlüpfer, Covercoats, Cutaways, Gehrockanzüge, Gummimäntel, Hosen, jetzt fünfzig Prozent billiger. Friedensstoffe. Keine Lombardware. Leihhaus Rosenthalertor, Linienstr. 203/4, Ecke Rosenthalerstraße.

Jackett-Anzüge, Paletots, wenig gebraucht, auch neue elegante, verkauft billigst Schneidermeister Fürstenzell, Berlin, Rosenthalerstr. 19.

Bettwäsche billiger! Enorm billiger Verkauf. Bettbezüge 130, 195, 275, Bettlaken 94, 140, 195, federdichte Inletts 225 an. Prima Ueberschlaglaken 375 bis 475, Paradekissen, starkfädiges Hemdentuch 58, Dimiti, Damast, Küchen, Handtücher, nur beste Qualitäten, fabelhaft billig. Fensterwaren unter Selbstkosten! Riesenauswahl. Zuvorkommende fachmännische Bedienung. Wäschefabriken Stumpe u. Jäger, Kottbuser Damm vierundsiebzig, Landsberger Straße achtundachtzig. Größte Spezialfabriken für Bettwäsche.

Bettwäsche billigst! Diese Woche riesige Preisermäßigungen! Bis 17. Juni Verkauf von angestaubten Bezügen 125.—, 185.—, 265.—. Kissen 34.—, Bettlaken 86.— an. Prima Ueberschlaglaken 373.—. Federdichte Inlette, prima Wäschestoffe, Dimiti, Damast, Handtücher enorm billig. Aussteuer Sonderrabatt. Bettwäschefabrik, Dresdenerstraße dreiunddreißig (Nähe Prinzenstraße).

Bettwäsche allerbilligst! Diese Woche besonders günstiges Angebot! Angestaubte Riesenmuster und Schaufenstergarnituren. Deckbettbezüge von 128.—, Kissen 33.—, Laken 78.—, Inletts 293.—, Wäschestoffe 32.—, Handtücher 22.50, Ueberschlaglaken, Paradekissen, herrliche Stickereibezüge, Dimiti, Damast. Beste Qualitäten. Rätselhaft billig! Riesenauswahl. Reelle fachmännische Bedienung. Aussteuer Sonderrabatt. Aelteste Spezial-Bettwäschefabrik, Gräfestraße neununddreißig (Hasenheide), Brunnenstraße 19 (Rosenthalerplatz).

Kredit — Rat. Gardinen, Madras, Stores, Bett- und Diwandecken, Anzüge, Schlüpfer, größte Auswahl, bequeme An- und Abzahlung. Elsasserstraße 44 I, nahe Oranienburgertor.

Fertige Betten, Oberbett, Unterbett, Kopfkissen kaufen Sie enorm billig. Keine Lombardware. Leihhaus, Moritzplatz 58a.

Möbel

Kleiderschrank, Spiegelvertiko, modern, dreitürige Ansicht, beides 6800.—. Auszugtisch, Rohrstühle 450.—, Plüschsofa 2800.—, Trumeau mit Stufe 2800.—, Kücheneinrichtung 3500.—, englische Bettstellen 2500.—. Möbelhaus Ammerling, Kastanienallee 56 (Ecke Weinbergsweg).

Moebel-Rath. Schlafzimmer, Speise- und Wohnzimmer, farbige Küchen, große Auswahl, gegen bar, sowie bequeme An- und Abzahlung. Elsasser Straße 44 I, am Oranienburger Tor.

Chaiselongues, Umbausofas, Auflagematratzen, Patentmatratzen 450.— an. Walter, Stargarderstraße achtzehn.

Teilzahlung. Einzelne Möbel, ganze Einrichtungen, farbige Küchen in seltener Auswahl, bequemste Zahlweise, verkauft Möbel-Cohn, Große Frankfurterstraße 56 (5 Minuten vom Alexanderplatz). Im Norden: Badstraße 47/48.

Einzelmöbel. Komplette Zimmer, Chaiselongues, Küchen. Bar- sowie Teilzahlung. Spottbillig. Wenger, Marsiliusstraße acht (Alexanderplatz).

Schlafzimmer jeder Größe, einfacher und eleganter Ausführung, finden Sie nach in reicher Auswahl zu soliden Preisen in der Schlafzimmer-Spezialfabrik Hans Henkel, Burgstraße 27, Bureauhaus Börse. Kostenlose Lagerung.

100 entzückende Küchen, weiß, farbig und lackiert, modernste Ausführungen, prima Emaillelack, infolge alten Lagerbestandes noch außergewöhnlich billiger Einzelverkauf! Besichtigung unbedingt lohnend! Möbelhaus Osten, nur 30, Andreasstr. 30.

Möbel, Bar- oder Teilzahlung. Kleinste An- und Abzahlung. Kostenlose Lagerung. Landwehr, Müllerstraße 7 (Weddingplatz).

Metallbetten 250.—, Chaiselongues 275.—, Patentmatratzen, Polsterauflagen, Kinderdrahtbett. Melde, Auguststraße 32a, Quergebäude.

Musikinstrumente

Stutzflügel 16 800.—, Pianos 9600.—, Harmonium 6800.—. Rabenstein, Münzstr. 18.

Bandonien billig. Dörfer, Kraustraße 17 (gewerblich).

Kaufgesuche

Fahrradankauf, Linienstr. 19. 1198*

Fahrradankauf, höchstzahlend, Gitschinerstraße 78.

Kugellager, Magnete, Vergaser, Zündkerzen kauft Pils, Reinickendorferstraße 98, Hof parterre links.

Metallschmelze, Neanderstraße 33 (nur im Laden), kauft Zahngebisse, Platinabfälle, Goldsachen, Silbersachen, Quecksilber, sämtliche Metalle.

Schnelldrehstahl kauft Hirsch, Ruppinerstraße 37. 95/20

Schallplatten, Apparate, über Höchstpreis, Umtausch, Verleihung. Sprechmaschinen jeder Art, fachgemäß durchrepariert, verbessert. Baue jeden Apparat zum Trichterlosen um. Einkauf für Händler. Reparaturwerkstatt, Strelitzer Straße 47, Ecke Bernauer Str., Pietsch. Gegründet 1899.

Unterricht

Kinovorführer-Ausbildung beginnt. Kaububa, Friedrichstr. 21. 1419b

Heinrich Manners Privat-Zuschneideschule Alexanderplatz (Eingang Königsgraben). Tages-, Abendkurse, Herren-, Damenschneiderei, Putzkurse, Schnittzeichnen, Zuschneiden, Nähkurse, Schnittmuster.

Vermietungen

Wohnungen

Kattowitz. Suche meine Wohnung, zwei Zimmer und Küche, gegen eine Berliner Wohnung zu tauschen. Klehr, Kattowitz O.-Schl., Heinzelstr. 15. 963

Mietgesuche

Möbl. Zimmer mit Küchenbenutzung oder Kochgelegenheit zum 1. Juli von jungem Ehepaar gesucht. Angeb. unt. G. 42 Hauptexped. Vorwärts. 1426b

Verschiedenes

Gewissenhafte Untersuchung, Auskunft. Erfahrene Hebamme Edel, Bülowstr. 63.

Vertrauensvolle Auskunft. Arzt zur Stelle. Hebamme Opitz, Neue Königstraße 57 (Alexanderplatz).

Arbeitsmarkt

Stellenangebote

Näherinnen für feine Damenwäsche und Prinzeßröcke außer dem Hause sucht J. Holdheim Nachf., Berlin, Krausenstraße 31/32. 13716

Fantasiefedern. Geübte Kleberinnen außer dem Hause verlangt Wilhelm Freystadt, Lindenstr. 42. 1418b*

Perfekte Köchin und Stubenmädchen, welch Letzteres Plätten und etwas Nähen können muß, sucht sofort Frau Landrat Vogl, Bad Liebenwerda (Prov. Sachsen).

Junge Mädchen zur Hilfe in der Expedition suchen Gebrüder Ascher, Wallstr. 23/24. 1424b

---

Lederkleidung!

Tüchtige Schneider

auf feine Lederkleidung außer dem Hause gesucht.

C. A. Herpich Söhne

Leipziger Straße 9/11.

Oberhemden-Näherinnen

bei hohem Lohn u. dauernder Beschäftigung sucht **Spiegel & Bernstein, Mühlenstr. 77.**

Erster

Verkäufer

für die Abteilungen

Möbelstoffe und Innendekoration

gesucht

Herren, die die Möbelstoff- und Innendekorationsbranche genau kennen, wollen sich melden in der Zeit von 11—12 vor. u. 5—7 nach.

Kaufhaus des Westens

Berlin W 50 Tauentzienstr.

Konservenfabrik

in Ungarn **sucht** für baldmöglichen Eintritt **erstklassigen**

Kocher

perfekt in Herstellung von Naturalfrüchten in Dosen und Konservierung von Obstpulpe in Fässern. Hochbezahlte Stelle. Bewerber können sich von Sonntag bis Donnerstag 5 bis 8 Uhr vorstellen bei Direktor Lang, Zentralhotel, Friedrichstraße, oder dortselbst beim Portier ihre Adresse hinterlegen. 32/8

Tüchtige

Kontoristinnen

jüngere, nicht unter 17 Jahren, mit schöner Handschrift

sofort gesucht

Meldungen: 1-2 Uhr mittags 5-6 Uhr abends

A. Jandorf & Co.

Große Frankfurter Str. 113

Stellengesuche

Redakteur

Nationalökonom, Dr. rer. pol., bisher in der Redaktion sozialwissenschaftl., soziolpol. Zeitschrift, sucht möglichst umgehend, eventuell auch vertretungsweise nur an **größerer Tageszeitung** Verwendung **für auswärtige Politik,** eventl. gleichzeitig auch für Wirtschafts- und Gewerkschaftspolitik. Bew. ist in gewerkschaftl. Bildungsarbeit geschult, org. und redn. gewandt. Erste Arbeitskraft. Gefl. Offerte erbeten **H. 42 Hauptexp. „Vorwärts".** 1425b